

DEUTSCHE POLIZEI

APRIL 2014 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



Der gläserne Autofahrer
Ruf nach klaren Regeln

LOGGEN SIE SICH EIN!

Kostenloser
Onlinezugang für
Abonnenten!

Polizei-Fach-Handbuch
Loseblatt
mit Abonnement
inkl. Online-Zugang



Unser Klassiker jetzt auch auf
www.polizeifachhandbuch.de

Kostenfreier Online-Zugang!

Abonnenten der Loseblatt-Ausgabe steht das Werk auch online zur Verfügung. So haben sie eine komfortable und schnelle Zugriffs- und Recherchemöglichkeit.

**POLIZEI
FACHHANDBUCH**

✓ Login

Benutzername eintragen

Passwort eintragen

Zugangsdaten vergessen?

↙ Freischaltcode



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen unter www.polizeifachhandbuch.de

EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS



Foto: Zielasko

Jährlich treffen sich über 1.000 Sicherheitsexperten zu einer zweitägigen Fachtagung in Berlin. Zeit und Raum genug für Gespräche am attraktiven GdP-Stand ...

Seite 7

TARIFRUNDE 2014



Foto: Christoph Früchtling

Ohne Angebot der Arbeitgeber endete die erste Runde der Verhandlungen. Zum Redaktionsschluss trafen sich die Tarifparteien erneut ...

Seite 10

IN EIGENER SACHE



„www ++ Info“ – Hinter diesem Zeichen verbirgt sich ein Mehr an Information. Weiterführendes, vertiefendes oder ungekürzte Artikel der DP-Autoren. Das alles online – auf gdp.de, unter DEUTSCHE POLIZEI, als Downloads der entsprechenden DP-Online-Ausgabe.

2/37 FORUM

3 **DP-GESPRÄCH** „Wir haben Glück, dass es keinen Toten gegeben hat“

7 EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS

Vorratsdatenspeicherung und Verfassungsschutz – Viele Fachgespräche am GdP-Stand

10 **TARIFRUNDE 2014** Warnstreikwelle unterstützt Forderungen der Gewerkschaften

12 **DP-GESPRÄCH** Deutschland einig Digitalfunkland?

14 **WIRTSCHAFT** Reichtum und Armut sind zwei Seiten einer Medaille

20 **NACHRUF** Das letzte Gründungsmitglied der GdP ging von Bord

21 TITEL/VERKEHRSGERICHTSTAG 2014

Der gläserne Autofahrer

30 **WIKIPEDIA** Im Visier von Unternehmen

33 **POLIZEIEINSATZ** Außergewöhnliche Tat rettet Mutter und Kind

35 **BUNDESKONGRESS-TICKER** Landesdelegiertentag der GdP Brandenburg

35 **EHRUNG** Heinz Kiefer mit Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet

37 **BUNDESKONGRESS-TICKER** Motto „Erfahrung gestaltet Zukunft“ engagiert umsetzen

38 Dagmar Hölzl als Vorsitzende der GdP-Frauen in der Polizei wiedergewählt

40 IMPRESSUM



Zu: Angst-Räume machen unsicher, DP 3/14

Im Bericht wird das Thema Ordnungsbehörde angesprochen. Leider kann man dazu nur sagen, dass es in sehr vielen Kommunen genau der Fall ist, das zwar eine Ordnungsbehörde geschaffen ist, diese aber hauptsächlich zum Kontrollieren der Parkräume eingesetzt wird. Das Ganze ist auch, weil gerade in der Führungsebene der Ordnungsbehörde eine riesige Unwissenheit über die Aufgaben und Rechte der Ordnungspolizei herrscht. Zwar müssen alle Mitarbeiter Lehrgänge machen, aber diejenigen, die das Sagen haben, kommen aus den unterschiedlichen Bereichen und haben eigentlich keine Ahnung vom Berufszweig der Ordnungspolizei. Leider erlebe ich auch immer wieder, dass die Landespolizei teilweise nicht weiß, was für Berechtigungen die Ordnungspolizei hat und sie somit auch nicht einsetzt. Ich denke, gerade was das Thema betrifft, mehr Sicherheitsgefühl auf die Straße zu bringen, bedarf es einer Aufklärung, was das Aufgabengebiet der kommunalen Ordnungskräfte betrifft, auch in den eigenen Reihen. Denn solange gedacht wird, dass diese nur Knöllchenschreiber sind, wird es nie eintreten, dass die Landespolizei das Ordnungsamt auch mal dort hinzuzieht, wo es eigentlich möglich wäre. Dies würde automatisch zu einer Entlastung der Kollegen der Landespolizei führen, da sie dann nicht mehr für alles herhalten müsste. Der Gesetzgeber wird sich wahrscheinlich etwas dabei gedacht haben, der Ordnungspolizei einige Rechte einzuräumen.

Wenn man Ordnungskräfte mal zu Unfällen hinzuzieht, um verkehrsregelnde Maßnahmen zu ergreifen, dann hätten die Kollegen auch Zeit, den Sachverhalt zu klären. Es fehlt leider zu oft an Kommunikation zwischen der Ordnungsbehörde und der Polizei, um sich gegenseitig zu unterstützen.

In anderen Städten klappt es vielleicht, aber leider auch nicht in jeder. Bei uns stelle ich fest, dass unsere zuständige Polizei teilweise ausgelastet ist, aber leider niemand auf die Idee kommt, dass es uns auch noch gibt, die ihnen vielleicht einen Bagatellschaden abnehmen könnte und somit der Einsatz für die Landespolizei unnötig wird. Es sollte dringend Aufklärungsarbeit

in der Polizei und Kommune gemacht werden sowie gegenüber dem Bürger, der teilweise auch nicht weiß, für was die Ordnungspolizei da ist.

Sven Maier, Hofheim

Zu: „Jeder vierte Übergriff aus politischen Gründen“, DP 3/14

Im Bericht über eine Podiumsdiskussion zur zunehmenden Gewalt gegen Polizisten in Deutschland wird dabei Herr Prof. Dr. Christian Pfeiffer zitiert. War das nicht der Wissenschaftler, der herausgefunden hatte, dass das gemeinsame Töpfchengehen in DDR-Kindergärten zu einer gefährlichen Entwicklung der Kinder und Jugendlichen führte? Es stimmt leider, dass eine schlechte und sehr gefährliche Entwicklung in der Gesellschaft zu verzeichnen ist, die zunehmende Gewalt gegen Polizisten. Das ist aber nicht nur eine Entwicklung, die hierzulande stattfindet. Schauen Sie sich um in Europa und in der Welt, überall das gleiche Phänomen. Sicher auch mit den gleichen Ursachen. Welche? Darauf geht Herr Pfeiffer leider nicht ein. Da drückt er sich um etwas herum.

Gewalt kommt doch nicht von irgendwo und irgendwie über uns. Für jede Entwicklung gibt es Ursachen, auch für Gewalt. Mir tun die Kollegen leid, die die Gewalt anderer am eigenen Leibe erleben müssen und ich bin froh, während meiner aktiven Dienstzeit davon verschont geblieben zu sein. Und ich will Gewalt gegen andere Menschen weder gut heißen noch bagatellisieren. Ich fühle mit den Polizisten.

Aber beim Lesen des Artikels und der darin enthaltenen Zitate des Herrn Pfeiffer fallen mir immer wieder die Worte ein, die einst ein GdP-Vorsitzender in einem Leitartikel der DEUTSCHEN POLIZEI zur Gewalt gegen Polizisten niederschrieb: „Die Polizei wird immer mehr zum Prellbock gegen eine verfehlt Politik“. Und weiter, die Politik verschanzt sich immer mehr hinter der Polizei. Die Politiker sind von den Menschen nicht zu greifen, also halten sich die, die mit der Politik nicht einverstanden sind, an die Polizei. Das wurde vor fast zehn Jahren geschrieben!

Herr Pfeiffer nennt staatsfeindliche Einstellungen und politische Gründe für einen Großteil der Angriffe auf

Polizisten. Wo die staatsfeindlichen Einstellungen herrühren und was politische Gründe sind, die zu den Angriffen führen, die nennt er beflissentlich nicht. Er geht auch nicht darauf ein, welches die Regeln des Staates sind, die er, „wenn es nicht anders geht“, auch mit Gewalt durchsetzen muss.

Kann es vielleicht sein – und da bin ich wieder dabei –, dass das Gewaltphänomen nicht nur ein deutsches ist, sich viele Menschen vom Staat nicht mehr wahrgenommen fühlen, sich nicht mehr verstanden fühlen, ihre Interessen nicht mehr vertreten fühlen? Ich denke schon, dass ich da der Wahrheit sehr nahe bin. Woher ergab sich denn das Theater in Griechenland?

Die Menschen lehnen es ab, die Bundeswehr im Ausland zu verheizen. Was macht der Staat? Das Gegenteil. Viele Menschen lehnen die Globalisierung vehement ab. Was macht der Staat? Er ist dafür, weil es dem Großkapital die Profite sichert und erhöht. Der Staat „rettet“ Banken, die sich aus Profitgier – das ist kein christlicher Grundwert – verzockt hatten mit Hunderten von Milliarden. Für die einfachen Menschen fehlen oft nur einige Euros.

Es wird eine Politik betrieben, die es Neofaschisten gestattet, ihre verfassungswidrige Ideologie laut zu verbreiten. Der Staat sichert das sogar polizeilich ab und verfolgt Andersdenkende mit der Justiz. Kann sich da nicht Ablehnung gegen diese politischen Entscheidungen entwickeln? Die Menschen brauchen bezahlbaren Wohnraum, wofür die Politik die Rah-

Fortsetzung auf Seite 37

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de**



Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten ist Alltag geworden. Der Fußballsport bekommt das Problem in seinem unmittelbaren Umfeld nicht in den Griff. Einen Schwerstverletzten forderte unlängst eine Kölner Massenschlägerei. Bei einer Demonstration für den Erhalt des linksautonomen Kulturzentrums „Rote Flora“ Ende vergangenen Jahres in Hamburg kam es zu schlimmsten Krawallen mit vielen verletzten Einsatzkräften. Diese Polizeieinsätze werden zunehmend kontrovers und bundesweit in der Öffentlichkeit diskutiert.

Wer vertritt den Standpunkt der Polizei, insbesondere bei länderübergreifenden Großlagen? Nicht nur gewaltsame Übergriffe gegen Polizeibeamtinnen und -beamte nehmen zu – Beleidigungen und Demütigungen sind an der Tagesordnung. Den Aufgaben und der Arbeit der Polizei wird immer weniger Respekt entgegengebracht. Hat die Verurteilung zweier Chefs einer Rockerbande den Gebietskrieg um lukrative illegale Einnahmequellen entschärft? Wie lebt die Polizei mit dem Vorwurf, „auf dem rechten Auge blind“ zu sein und deshalb die Mordserie des NSU nicht stoppen konnte? DEUTSCHE POLIZEI (DP) sprach mit dem Vorsitzenden der Innenministerkonferenz (IMK), Nordrhein-Westfalens Ressortchef Ralf Jäger.

DP: Herr Minister Jäger, die gewaltvollen Auseinandersetzungen bei Fußballspielen und auf den Anreisewegen der Fans werden häufiger und brutaler. 1,5 Millionen Einsatzstunden verbringen die Polizeibeamtinnen und -beamten im Fußballgeschehen. Unter den massiven Polizeieinsätzen leiden auch ganz normale Fußballanhänger. Die Polizei macht sich immer weniger Freunde. Wäre es einen Versuch wert, den Kräfteinsatz deutlich zu reduzieren?

Jäger: Den Kräfteinsatz können wir nur dann reduzieren, wenn darunter die Sicherheit nicht leidet. Das ist zurzeit nicht der Fall. Bei der Schlägerei in Köln haben wir Glück gehabt, dass es keinen Toten gegeben hat. Wir müssen alles tun, damit die größtmögliche Sicherheit gewährleistet wird. Das ist die Aufgabe der Polizei.

Sie sprechen aber eine besondere

„Wir haben Glück, dass es keinen Toten gegeben hat“

Ralf Jäger, Vorsitzender der Innenministerkonferenz, im DP-Exklusivinterview

Herausforderung an. In der Tat müssen wir 30 Prozent der Arbeitszeit unserer Einsatzhundertschaften für Fußball einsetzen. Deswegen müssen wir unbedingt den Schulterchluss zwischen Vereinen, Verbänden, Polizei und den friedlichen Fans hinkriegen. Insbesondere mit den friedlichen Ultras. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, Gewalttäter aus dem Fußball auszugrenzen. Die können viel zu oft in der schützenden Anonymität der Masse verschwinden. Wenn das so weitergeht, dann ist der Fußball in Deutschland mit all dem Spaß und der Freude in Gefahr. Dann werden wir aufgeheizte Diskussionen über Steh-



Roman Weidenfeller, Torhüter von Borussia Dortmund, muss sich beim Ruhrpott-Derby gegen den FC Schalke 04 Ende Oktober 2013 vor auf den Platz geworfener Pyrotechnik in Sicherheit bringen.
Foto: firo Sportphoto/dpa



DP-GESPRÄCH

platzverbote oder den Ausschluss von Gästefans bekommen, so wie in England oder Italien. Das will ich nicht.

DP: Sie haben angekündigt, dass eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe derzeit nach Maßnahmen für die gemeinsame Bekämpfung von Intensivtätern bei Fußballspielen sucht. Sie haben die Fußballverbände aufgefordert, konsequent Stadionverbote gegen Gewalttäter zu verhängen. Alle Informationen über solche Intensivtäter müssten an einer Stelle gesammelt werden. Gibt es einen Zeitplan dafür und sind DFB und DFL mit einbezogen?

Jäger: Wir werden uns in diesem Frühjahr mit den Spitzen von DFB und DFL zusammensetzen. Wir wollen an die Rädelsführer und Intensivtäter herankommen, die zu Gewalt anstiften und die Massenprügeleien organisieren. Wir müssen uns mit den Ermittlungsinstrumenten, die die Polizei hat,

Jäger: Das Verhältnis zwischen Polizei und den Ultras ist nicht gut. Das müssen wir verbessern. Wir müssen auch selbstkritisch auf unser eigenes Handeln schauen. In der Innenministerkonferenz werde ich anregen, die Konzepte zum Umgang mit durchreisenden Fans bundesweit enger abzustimmen. Jetzt kann es sein, dass Fans auf der Reise durch drei Bundesländer, überspitzt formuliert, erst von hochgerüsteten Einsatzgruppen begleitet werden, dann mit deeskalierenden Beamten ohne Helm plaudern, um anschließend wieder in enge Manndeckung genommen zu werden.

DP: Haben die Vereine die Verabredungen zur Eindämmung der Gewalt eingehalten?

Jäger: Das Verhältnis zu DFB und DFL und den Vereinen hat sich in den letzten zwei Jahren deutlich verbessert.

DP: Es hat den Anschein, dass die Ultras auch in der Vereinspolitik eine immer stärkere Hausmacht erhalten, bis hin zur Beeinflussung von Vorstandswahlen.

Jäger: Wir brauchen eine Verständigung mit der Ultraszene. Sie muss sich ihrer Verantwortung bewusst werden. Die Ultras müssen mit daran arbeiten, dass wir die Gewalt rausbekommen. Die organisierten Fangruppen stehen in der Verantwortung.

DP: Muss man den Kartenverkauf völlig trennen von den Fans?

Jäger: In unserer Arbeitsgruppe werden verschiedene Ideen und Ansätze diskutiert. Dazu gehört die Reduzierung des Gästekontingents, insbesondere bei Hochrisikospielen. Auch über ein personalisiertes Ticketing wie in den Niederlanden wird diskutiert. Da bekämen die mitreisenden Fans nicht mehr Karten, sondern Voucher, die sie



Ralf Jäger ist seit Mitte 2010 Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Der 53-jährige Duisburger steht in diesem Jahr der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren von Ländern und Bund vor. Mit Jäger sprach DP-Chefredakteur Rüdiger Holecek.

Foto: IM NRW

auf die Rädelsführer konzentrieren. Alle Ermittlungen zu einem Intensivtäter sollen möglichst an einer Stelle konzentriert werden. Staatsanwälte und Richter brauchen einen genauen Überblick, wen sie eigentlich vor sich haben.

DP: Das Thema Verfassungsschutz ist allerdings bei den Fans und vor allem bei den Ultras auf keine Gegenliebe gestoßen.

Wir arbeiten konstruktiv zusammen. Auf Drängen der Innenminister ist das Sicherheitskonzept der DFL zustande gekommen. Die meisten Vereine haben verstanden: Je häufiger Fußball in Verbindung mit Gewalt genannt wird, umso schwieriger ist es, Sponsoren zu gewinnen. Es gibt allerdings Vereine, da läuft die Zusammenarbeit noch nicht optimal.

nur dann in eine Eintrittskarte eintauschen können, wenn sie ihren Personalausweis vorlegen. Das wäre ein zusätzliches Instrument, um Stadionverbote zu kontrollieren. Wir müssen prüfen, ob wir dieses Modell auf Deutschland übertragen können.

DP: Die Vereine sind sehr stark unter Druck geraten, die Sicherheit in den Sta-



dien zu verbessern. Es ist sicher einiges passiert, aber warum gelangt immer noch Pyrotechnik in die Stadien?

Jäger: Ich habe mir den Einsatz zum Derby Fortuna Düsseldorf gegen den 1. FC Köln vor Ort angesehen. Dabei haben 1.750 Polizisten für Sicherheit gesorgt. Ich habe mit angesehen, wie 300 Ultras einfach mal die Kasse gestürmt haben. Da waren die Ordner ganz schnell weg. Anschließend musste die Polizei diese schwierige Situation lösen. Das kann so nicht sein. Die Vereine müssen mehr und vor allem qualifizierte Ordner in den Stadien einsetzen.

DP: Nicht nur im Umfeld des Fußballgeschehens eskaliert die Gewalt. Am 21. Dezember 2013 kam es bei einer Demonstration für den Erhalt des linksautonomen Kulturzentrums „Rote Flora“ in Hamburg zu schlimmsten Krawallen mit vielen verletzten Kolleginnen und Kollegen. Ist zu befürchten, dass sich die Ereignisse von Hamburg morgen in Berlin, übermorgen in Köln wiederholen?

Jäger: In Hamburg gab es eine besondere Situation. Dort hatten die gewaltbereiten Teile der Antifa bundesweit mobilisiert. Es ist zu furchtbaren Szenen gekommen. Es kann nicht sein, dass Gewalttäter glauben, es gä-



Konfrontationslage: Teils verummte Demonstranten Ende Dezember 2013 vor der „Roten Flora“ in Hamburg. Später kam es zu massiven Angriffen auf die Polizei mit zahlreichen Verletzten.

Foto: Malte Christians/dpa

allein nach länderübergreifenden Großlagen deutlich macht?

Jäger: Wir müssen noch stärker berücksichtigen, dass wir in einer Informationsgesellschaft leben. Wer die Hoheit

Öffentlichkeit gehen und über Abläufe aufklären.

DP: Könnten Sie sich vorstellen, dass es eine Aufgabe des IMK-Vorsitzenden wäre, beispielsweise eine Woche nach solchen Ereignissen vor der Bundespressekonferenz in Berlin für die Polizei und die eingesetzten Kräfte zu sprechen?

Jäger: Eine Woche später ist viel zu spät. Das muss so schnell wie möglich erfolgen. Es muss dort berichtet werden, wo das Ereignis stattfindet und es muss am selben Tag passieren, weil bei YouTube und Twitter die Nachrichten schon laufen. Ich nehme ein Beispiel aus Nordrhein-Westfalen: Das Spiel Schalke gegen Saloniki. Da ist der Polizei vorgeworfen worden, 80 Verletzte durch den Einsatz von Pfefferspray verursacht zu haben, weil eine Kurve gestürmt wurde. Die BeSi-Aufnahmen, die ich einige Tage später gesehen habe, zeigen ein völlig anderes Bild. Die Polizei muss mit der objektiven Darstellung schneller herauskommen und zwar ehe sich auf Grund falscher Informationen in der Bevölkerung ein verzerrtes Meinungsbild festgesetzt hat.

DP: Vielleicht liegt das Problem darin, dass man sich bisher noch nicht darauf einigen konnte, wer das Mandat dafür hat, für die Polizei insgesamt in solchen Situationen zu sprechen?

Jäger: In NRW ist das klar geregelt.

Ralf Jäger zur Pressearbeit der Polizei:

„Eine Woche später ist viel zu spät. Das muss so schnell wie möglich erfolgen. Es muss dort berichtet werden, wo das Ereignis stattfindet und es muss am selben Tag passieren, weil bei YouTube und Twitter die Nachrichten schon laufen.“

be rechtsfreie Räume. Die massiven Verletzungen von Polizeibeamtinnen und -beamten sind nicht hinnehmbar. Aber ich glaube, dass die gewaltbereite Antifa-Szene in Hamburg ihre maximale Mobilisierung erreicht hat. So etwas ist nicht jederzeit und an anderer Stelle wiederholbar.

DP: Nach solchen Einsätzen, an denen immer auch Polizeikräfte mehrerer Bundesländer beteiligt sind, entzündet sich regelmäßig eine öffentliche Debatte, in der die Polizei meistens das Nachsehen hat. Insbesondere linke Gruppierungen geben Pressekonferenzen und betreiben eine bundesweite Öffentlichkeitsarbeit. Von der Polizei dagegen hört man fast nichts. Benötigen wir eine „BAO Öffentlichkeitsarbeit“, die den Standpunkt der Polizei vor

über die Bilder hat, hat die Hoheit über die Meinungsbildung. Nachrichten verbreiten sich über soziale Netzwerke mit rasantem Tempo. Da reagiert Polizei häufig viel zu langsam. Was heute mit der Handy-Kamera aufgenommen fünf Minuten später bei YouTube zu sehen ist, ist möglicherweise von der Polizei erst Tage später zu erklären. Dabei verfügt die Polizei über hervorragendes Material, mit dem sie argumentieren kann. Ich denke an Bildaufnahmen der BeSi-Trupps (Beweissicherung), die bei Großlagen und geschlossenen Einsätzen gemacht werden. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf umfassende Informationen, um sich ein objektives Bild machen zu können. Wir müssen mit unseren Informationen gerade bei Großlagen schneller an die





„Respektlosigkeit ist der Beginn einer Spirale“.
Foto: IM NRW

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wird dort gemacht, wo das Ereignis stattfindet. Das Problem ist: Die Anforderungen werden immer größer.

DP: Polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit nach solchen Einsätzen ist ja immer sehr faktenorientiert. Alle bemühen sich, möglichst keine politischen Diskussionen zu entfachen. Auf der anderen Seite gelingt es insbesondere linken Gruppierungen, eine solche Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und die Polizei schlecht aussehen zu lassen.

Jäger: Ich wünsche mir, dass die Polizei bei irreführenden Behauptungen von Extremisten – egal, ob von links oder rechts – energisch gegenhält. Wir dürfen ihnen nicht das Feld überlassen. Aber man muss auch selbstkritisch sagen: Es gibt bei Großlagen faktisch keine fehlerfreien Einsätze. Polizeibeamtinnen und -beamte sind Menschen, und Menschen machen Fehler. Genau so wie in der Politik müssen wir hier zu einer neuen Fehlerkultur kommen. Polizei sollte eingestehen können und dürfen, wenn etwas nicht gut gelaufen ist. Mit einer solchen Haltung behält sie das Vertrauen der Öffentlichkeit.

DP: Ist es nicht dem rechtstreuen Bürger schwer verständlich, wenn er für eine Übertretung die Verantwortung übernehmen muss, auf der anderen Seite aber beispielsweise bei der Besetzung von Häusern, Straßen oder Plätzen, der Verhinderung von Bauprojekten, oder um Änderungen in der Einwanderungspolitik zu erzwingen Rechtsbrüche nicht nur hin-

genommen, sondern auch breit diskutiert werden.

Jäger: Rechtsbrüche können nicht hingenommen werden. Es darf keine rechtsfreien Räume geben. Es mag ja durchaus Situationen geben, wo die Lagebewältigung im Vordergrund steht und die Strafverfolgung in den Hintergrund treten muss. Aber das muss dann unmittelbar danach aufgearbeitet werden.

DP: Teilen Sie die Einschätzung des Bundesinnenministers, der vor kurzem bei einem Treffen mit den Leitern der deutschen Sicherheitsbehörden seine Sorge über zunehmende gewalttätige Übergriffe zum Ausdruck gebracht hat. Der Minister bezog das auch auf Übergriffe gegen Polizisten und Rettungskräfte, Gewalt rund um Fußballstadien oder unter Jugendlichen.

Jäger: Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine umfangreiche Studie zur Gewalt gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten gemacht. An den Interviews haben sich 40 Prozent der Kolleginnen und Kollegen beteiligt. Die Aussagen haben wir mit den Zahlen unserer Statistik abgeglichen. Die Statistik belegt objektiv, wie häufig es zu Tötlichkeiten, zu körperlichen Übergriffen gegen Beamtinnen und Beamten gekommen ist. Danach ist die Zahl der Übergriffe in den vergangenen Jahren recht konstant gewesen. Was aber bei den Polizeibeamten als zunehmende Gewalt empfunden wird, ist die wachsende Respektlosigkeit, das Anpöbeln, das Bedrängen selbst in harmlosen Situationen durch unbeteiligte Dritte. Ich kann sehr gut verstehen, dass das für die Beamtinnen und Beamten sehr belastend ist und als Gewalt empfunden wird. Diese Situation hat natürlich mit einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung zu tun. Diese Gesellschaft geht insgesamt respektloser und enthemmter miteinander um. Gewalt überschreitet häufig Hürden und Linien, die früher noch galten.

DP: Was ist die Folge daraus?

Jäger: Ich sehe drei Notwendigkeiten: Wir müssen erstens unsere Beamten optimal ausstatten. Die bestmögliche Ausstattung darf nie eine Frage von Haushaltsmitteln sein. Zweitens geht es um bestmögliche Fortbildung. In den entsprechenden Trainings muss eingeübt werden: Wie erkenne ich eine problematische Situation? Wie gehe ich damit um? Und wie kann ich auf sie einwirken, ohne mich selbst zu gefährden? Und drittens vermissen wir, dass die

Multiplikatoren, auch die, die politische Verantwortung haben, sich stärker vor die Beamtinnen und Beamten stellen und Respekt einfordern. Ich finde es schlimm, dass selbst normale Verkehrsteilnehmer bei Verkehrskontrollen ausfallend werden. Respektlosigkeit ist der Beginn einer Spirale.

DP: Ist die Ausbreitung von Rockerbanden nach den jüngsten Vereinsverboten gebannt? In Duisburg sind zwei ehemalige Chefs des Rockerklubs „MC Satudarah“ zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Einer von ihnen hat seine Kumpel sogar aufgefordert, aus dem Verein auszusteigen. Eine Wende im Krieg um Gebietsansprüche unter den Rockern oder alles nur Show?

Jäger: Bei der Rockerkriminalität muss man differenzieren. Die beiden großen Rockerclubs, Bandidos und Hells Angels, sind auf Expansionskurs. Die wollen weiße Flecken besetzen – sei es im Türstehergeschäft, sei es in anderen Bereichen der Organisierten Kriminalität, also Prostitution und BTM-Handel. Früher gab es in diesen hierarchisch aufgebauten Rockerorganisationen glasklare Strukturen. Man musste unten anfangen und sich langsam nach oben arbeiten. Erst dann erreichte man eine Führungsposition. Das gilt heute nicht mehr. Die Organisationen bedienen sich häufiger der Supporterclubs, deren Mitglieder nicht die verschiedenen Stufen innerhalb der Organisationen durchlaufen haben. Wir treffen deshalb heute immer öfter auf junge Männer an der Spitze von Rockerbanden. Viele von ihnen mit Migrationshintergrund. Manche haben nicht einmal einen Motorradführerschein und sind hoch gewaltbereit. Anders als früher, wo Rocker ihre kriminellen Geschäfte möglichst ohne Aufmerksamkeit zu erregen abwickelten, ist es heute einigen egal, wenn Auseinandersetzungen und Gewaltexzesse in der Öffentlichkeit stattfinden.

Der holländische Motorradclub Satudarah will sich im Ruhrgebiet etablieren. Durch die gute Arbeit der Duisburger Polizei ist es allerdings gelungen, diese kriminelle Rockerbande zurückzudrängen. Meine Prognose ist, dass uns die Rockerkriminalität noch eine ganze Zeit beschäftigen wird.

Herr Minister, danke für das Interview.

Das Gespräch führte
DP-Chefredakteur Rüdiger Holecek.



Vorratsdatenspeicherung und Verfassungsschutz – Viele Fachgespräche am GdP-Stand

Mehr als 1.000 Sicherheitsexperten aus dem In- und Ausland informierten sich beim 17. Europäischen Polizeikongress. Gleich zu Beginn der zweitägigen Fachtagung Mitte Februar im Berliner Congress Center am Alexanderplatz sendet Bundesinnenminister Thomas de Maizière eine wichtige Botschaft an die Polizistinnen und Polizisten: Er geht von der baldigen Einführung der seit Jahren auf Eis liegenden Vorratsdatenspeicherung in Deutschland aus. Die diesbezügliche Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes werde noch vor Ostern erwartet, kündigt der Minister in der Eröffnungsrede an, die der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, und mehrere GdP-Landesvorsitzende im Saal verfolgten.

De Maiziere sagte, die Bundesregierung werde danach ein passendes Gesetz zügig behandeln und umsetzen. Er stellte erneut klar, dass für die Verfolgung und Verhütung schwerster

gendes Problem: Auf der einen Seite soll nach der Aufarbeitung der NSU-Mordserie der Informationsaustausch mit der Polizei deutlich besser werden, auf der anderen Seite pocht das

internationalen Terrorismus erfüllen zu können, sei ein „immenser Spagat“ notwendig. Er habe den Eindruck, dass die Verfassungsrichter in Karlsruhe die Rolle der deutschen Nachrichtendienste nicht zutreffend erkannt hätten und sie nur als Berater der Politik ansähen.

Spontane Talk-Runden am GdP-Stand

Der attraktive GdP-Stand war während der zwei Tage der größten internationalen Fachkonferenz für innere Sicherheit in Europa ein attraktiver Anziehungspunkt für Sicherheitsexperten. So diskutierten der GdP-Bun-



Bundesinnenminister Thomas de Maizière und GdP-Chef Malchow stellen sich den Fotografen. Foto: Zielasko



Verfassungsschutz-Präsident Hans-Georg Maaßen und Oliver Malchow im Meinungsaustausch. Foto: Holecek

Straftaten die Vorratsdatenspeicherung und die nachträgliche Abfrage von Kommunikationsverbindungen ebenso unabdingbar seien wie für die Aufklärung von Cyber-Delikten.

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, skizzierte ein weiteres grundle-

Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zur Anti-Terror-Datei grundsätzlich auf die Einhaltung des sogenannten Trennungsgebots zwischen Geheimdiensten und Polizei. Dies sei fast unmöglich, sagte Maaßen zum Thema „Schnittstellen der Sicherheitsarchitektur“. Um die genannten Vorgaben im täglichen Kampf gegen den

desvorsitzende Malchow mit Länderinnenministern und der schwedischen EuroCOP-Präsidentin Anna Nellberg sowie Mitglieder des GdP-Bundesvorstandes mit Verantwortlichen von Polizei und Verfassungsschutz aus vielen Bundesländern.

Wolfgang Schönwald

EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS



Nord-Süd-Achse: Der bayerische Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann, und der Ostholsteiner GdP-Chef Oliver Malchow. Foto: Holeczek



Reges Interesse an den Angeboten des GdP-Kongressstandes. Foto: Zielasko



Auch Manfred Murck, Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz der Freien und Hansestadt Hamburg, stattete der GdP einen Besuch ab. Foto: Zielasko



Nahezu „ausverkauftes Haus“ am ersten Tag des Expertentreffens. Fotos (3): Zielasko



Am GdP-Stand herrschte ...



... dauerhaft Betrieb.

EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS



Bundespolizei-Vizepräsident Jürgen Schubert (2. v. r.), GdP-Chef Malchow und seine Bundesvorstandskollegen Jörg Bruchmüller, Arnold Plickert und Michael Purper erörtern die aktuelle politische Lage. (v. l.)



Malchow begrüßt den Inspekteur der Polizei NRW, Dieter Wehe, am GdP-Stand.



Anna Nellberg, schwedische EuroCOP-Präsidentin, und Exekutivkomitee-Kollege Jörg Bruchmüller bei aktueller Lektüre.



Fast schon GdP-Stammgast: Lorenz Caffier, Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns, am Kongress-Stand der GdP im Meinungsaustausch mit GdP-Chef Oliver Malchow.



GdP-NRW-Chef und stellv. GdP-Vorsitzender Arnold Plickert im Gespräch mit Landmann Dieter Schmidt, Direktor des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) in Nordrhein-Westfalen.

Fotos (7): Zielasko



Kerstin Philipp, stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende aus Berlin (v. l.), im Gespräch mit Stand-Besuchern der Hauptstadt-Polizei. Mit dabei GdP-Chef Malchow.

Warnstreikwelle unterstützt Forderungen der Gewerkschaften

In Potsdam ringen Arbeitnehmer und Arbeitgeber seit Mitte März hartnäckig um einen Kompromiss in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bund und Kommunen. „Einigungsfähig und einigungsbereit“, aber in den Positionen noch deutlich auseinander endete das erste Treffen. Der an den Verhandlungen teilnehmende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, sagte vor dem Hintergrund der jüngsten Diätenerhöhung der Bundestagsabgeordneten, wer sich „zehn Prozent genehmigt, sollte eine Gewerkschaftsforderung von 3,5 Prozent und 100 Euro Grundbetrag nicht als überzogen bezeichnen“.

Vorstellungen der Gewerkschaften“. Der Nachholbedarf im öffentlichen Dienst sei abgedeckt, sodass nur ein „verteilungsneutraler Spielraum“ zur Verfügung stehe. Eine 1:1-Übernahme des Tarifabschlusses auf den Beamtenbereich sei denkbar und wünschenswert, allerdings „maßgeblich von der Höhe des Abschlusses abhängig“.

Dem widersprachen die Gewerkschaften heftig. Verhandlungsführer Frank Bsirske unterstrich die hohen Er-

Als im Volumen zu hoch und in der Struktur falsch bezeichnete Bundesinnenminister Thomas de Maiziere hingegen die Forderung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB, der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der GdP sowie der dbb Tarifunion. Der Minister zeigte sich überzeugt, dass es eine Einkommenserhöhung am Ende der Runde geben werde, jedoch „weit unter den

Pressestatements nach der ersten Runde: (v. l.) GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow, Dr. Thomas Böhle, Präsident der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA), Bundesinnenminister Thomas de Maiziere und ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske.

Foto: Holecsek



Klare Aussage zu klaren Forderungen. Foto: Christoph Früchtling



TARIFRUNDE 2014



GdP-Chief Oliver Malchow im Fokus der Medien.
Foto: Holecek



Direkte Überzeugungsarbeit:
Auf Tuchfühlung mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière.
Foto: Christoph Früchtling

wartungen der Beschäftigten an den Verhandlungen und machte deutlich, dass sie nicht nur zuwarten, sondern sich aktiv einbringen würden. Als Folge gab es erste Warnstreiks.

Für einen „heißen Empfang“ der Arbeitgebervertreter hatten zahlreiche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, darunter viele Kolleginnen und Kollegen der GdP-Bezirke Bundespolizei und Bundeskriminalamt, bereits zu Beginn der ersten Tarifrunde in Potsdam gesorgt. Malchow betonte: „Wir haben den Arbeitgebern deutlich zu verstehen gegeben, dass die gute Arbeit von engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch gut entlohnt werden muss. Deshalb erwarten die Beschäftigten in der Polizei deutliche Einkommenssteigerungen. Trotz des beiderseitigen Einigungswillens ist eine Annäherung noch nicht feststellbar.“ Die Beschäftigten der Polizei würden ihren Beitrag dazu leisten,

das Nachdenken auf Seiten der Arbeitgeber zu befördern. Die Forderungen, so Malchow weiter, seien gerechtfertigt und bei weitem nicht überzogen.

Kerstin Philipp, für Tarifpolitik zuständige stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende, machte deutlich: „Die Polizei-Beschäftigten wissen sehr wohl, dass seit Jahren hohe Steuereinnahmen die Kassen klingeln lassen. Auch in den Städten und Gemeinden sorgt die gute Wirtschaftslage für solide Gewerbesteuererinnahmen.“ Die öffentlichen Arbeitgeber müssten davon jetzt ein entsprechendes Stück an ihre Beschäftigten weitergeben, um auch künftig hoch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu behalten.

Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe begann die zweite Tarifrunde in Potsdam.

hol/wsd



COP® Specials März / April 2014 * Gültig vom 20.02. - 30.04.2014

1 Under Armour® Tactical BFL HeatGear® Basecap
Art.-Nr: UA1219732-0 (olivgrün)
Art.-Nr: UA1219732-5 (schwarz)
Farben: schwarz und olivgrün
Größe: Einheitsgröße
Material: 100% Polyester
An der Rückseite offen.

heatgear®
FÜR HEISSE TAGE
Hält kühl und trocken

Aktionspreis €15,90**
statt 24,99*

2 Under Armour® 1/4 Zip Stehkragen-Shirt Infrared
Art.-Nr: UA1239310GR-Größe (grau)
Art.-Nr: UA1239310S-Größe (schwarz)
Farbe: schwarz und grau; Größe: S - 2XL
Material: 94% Polyester, 6% Elasthan
Langärmeliger, hochfunktioneller Pullover mit kurzem Reißverschluss und Stehkragen.

coldgear®
FÜR KALTE TAGE
Hält warm und trocken

SAISONWARE
Solange Vorrat reicht!

Aktionspreis €59,90**
statt 89,99*

FITTED

3 Under Armour® ColdGear® Action Legging, Unisex
Art.-Nr: UA1000525S-Größe
Farbe: schwarz; Größen: S - XXL
Material: 63% Nylon, 23% Polyester, 14% Elasthan
Eng anliegende lange ColdGear® Unterhose (Legging) ohne Eingriff und breitem elastischem Gummiband und Kordelzug.

coldgear®
FÜR KALTE TAGE
Hält warm und trocken

Aktionspreis €45,90**
statt 94,99*

COMPRESSION SAISONWARE
Solange Vorrat reicht!

4 Under Armour® Tactical HeatGear® Basecap
Art.-Nr: UA1227549-0 (olivgrün)
Art.-Nr: UA1227549-8 (beige)
Art.-Nr: UA1227549-5 (schwarz)
Farben: schwarz, beige und olivgrün
Größe: Einheitsgröße
Material: 100% Polyester
Rückseite geschlossen.

heatgear®
FÜR HEISSE TAGE
Hält kühl und trocken

Aktionspreis €19,90**
statt 29,99*

5 Under Armour® Tactical GTX Schuh Allseasongear®
Art.-Nr. UA12367745-Größe US
Farbe: schwarz; Schafthöhe Gr. 43: 12 cm
Größen: US 8 - 14 (EU 41 - 48,5)
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 475 g
Leichter, knöchelhoher Stiefel mit wasserdichter GORE-TEX® Membrane und selbst-reinigender Sohle.

SAISONWARE
Solange Vorrat reicht!

Aktionspreis €149,90**
statt 199,99*

Größe US	8	8,5	9	9,5	10	10,5	11	11,5	12	13	14
Größe EU	41	42	42,5	43	44	44,5	45	45,5	46	47,5	48,5

6 Handschuh COP® SGX2
Art.-Nr: 3205GX2-Größe
Farbe: schwarz; Größen: XS - 3XL
Material: 50% Synthetikleder, 50% Kunstfaser. Mit Schnittschutzfutter aus ARMOR-TEX®. Handinnenseite aus weichem, wildlederartigem Clarino®-Synthetikleder.

EN 388
Abriebfestigkeit: Kategorie 3
Schnittfestigkeit: Kategorie 5
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4
Durchstichfestigkeit: Kategorie 3

Aktionspreis €39,90**
statt 59,99*

7 Dienst-Halbschuh Original S.W.A.T.® 1310 Chase Low
Art.-Nr: 811310-Größe EU
Farbe: schwarz; Größen: EU 38 - 48 (US 6 - 14)
Obermaterial: "Full Grain" Leder/1200 Denier Nylon
Schafthöhe in Gr. 43: 10 cm

Aktionspreis €59,90**
statt 84,99*

Größe US	6	7	7,5	8	9	10	11	11,5	12	13	14
Größe EU	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 85651 Oberweilbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers ** Angebots- / Aktionspreis gültig vom 20. Februar bis 30. April 2014 *** ehemaliger Verkaufspreis. Farben können drucktechnisch bedingt abweichen. Druckfehler und Preisrührer vorbehalten.



Deutschland einig Digitalfunkland?

„Deutschland einig Digitalfunkland“ – darauf wartet die Polizei hierzulande schon seit Jahren. Im vergangenen September besuchte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow die Führungsspitze der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) in Berlin. BDBOS-Präsident Rolf Krost zeigte sich damals optimistisch. Man sei mit einem prognostizierten Start des flächendeckenden Wirkbetriebs Ende 2014 voll im Soll. Im Gespräch mit DEUTSCHE-POLIZEI-Redakteur Michael Zielasko erläutert Krost den aktuellen Projektstand und welche Hürden noch zu überwinden sind.

DP: Herr Krost, nach einem Besuch des GdP-Bundesvorsitzenden in Ihrem Hause im Herbst sagten Sie, das Digitalfunk-Projekt wäre 2014 „auf der letzten Meile“. Geht es demnach jetzt stetig auf die Zielgerade zu?

Rolf Krost: In der Tat nähern wir uns beim Netzaufbau derzeit der Zielgeraden. Von den vorgesehenen 4.500 Basisstationen wurden bereits 4.099 errichtet und 3.761 in das Netz integriert. Ich bin überzeugt, dass das Netz bundesweit bis zum Ende des Jahres im Wesentlichen in Betrieb sein wird. Lediglich in der Alpenregion wird das BOS-Digitalfunknetz aufgrund der topographischen Herausforderungen erst 2015 in Betrieb gehen. Die grundsätzliche Nutzung des Digitalfunk BOS bleibt davon jedoch unberührt. Die 411.000 Teilnehmer, die bereits im BOS-Digitalfunknetz registriert sind, können den Digitalfunk in ihren Einsätzen nutzen.

DP: Welchen aktuellen Herausforderungen sieht sich die Behörde noch gegenüber, bevor offiziell „das goldene Band durchschnitten“ wird und jeder deutsche Polizeibeamter digital funken kann?

Krost: Lassen Sie es mich anders sagen, wir markieren nicht das harte Ende eines Abschnittes und den Beginn eines Neuen, denn der Digitalfunk BOS ist bereits in Betrieb und gehört in den meisten Regionen Deutschlands längst zum gelebten Einsatzalltag. So wurden im Januar 2014 etwa 4,4 Millionen Gruppenrufe abgesetzt. Gleichwohl ist die Inbetriebnahme, wie gerade erläutert, noch nicht ganz abgeschlossen. Hier gilt es die letzten Bereiche im Süden Deutschlands mit dem Digitalfunk

BOS zu versorgen. Zudem müssen auch bereits in Betrieb genommene Netzabschnitte auf Herz und Nieren getestet werden. Da das BOS-Digitalfunknetz, wie auch jedes andere Mobilfunknetz „lebt“, können beispielsweise bauliche Veränderungen in Städten und Gemeinden zu Anpassungen führen. Dann muss gegebenenfalls das Netz nachjustiert werden, um bundesweit eine vollends zufriedenstellende Funkversorgung zu gewährleisten.

Der Fokus der Anstrengungen der Bundesanstalt liegt jetzt auf den Betriebsthemen, das ist richtig. Hierzu gehören die Fortschreibung des Notfallmanagements und der Ausbau der Notstromversorgung der Funkstandorte, die Verbesserung der Betriebsorganisation sowie die Standardisierung der Dienste des Digitalfunk BOS.

DP: Was ist, so kurz vor dem Projekthöhepunkt, (noch) von den Ländern zu leisten? Besteht die reale Gefahr, einen Flickenteppich verschiedener Stände des technischen Fortschritts feststellen zu müssen?

Krost: Nein, wir haben ein bundesweit einheitliches Netz. Der Bund und die Länder haben ja gemeinsam mit der BDBOS das Netz auf Basis eines Mindeststandards und in dessen Umsetzung auf der Grundlage von abgestimmten Konzepten aufgebaut und in Betrieb genommen. Wie gesagt, wir stehen vor dem Abschluss der vollständigen und bundesweiten Inbetriebnahme, knapp 90 Prozent der Fläche der Bundesrepublik ist bereits jetzt versorgt. Gleichwohl kann das Netz respektive die Netznutzung ausgehend von den vereinbarten Mindeststandards in Teilbereichen durchaus unterschiedlich ausgeprägt sein.

Ein Beispiel hierfür ist die Notstromversorgung. Hier prüfen die Länder, mit welchen Maßnahmen sich ihre Basisstationen über die Mindestversorgung von zwei Stunden hinausgehend unterbrechungsfrei versorgen lassen. Dabei fallen die Rahmenbedingungen sehr unterschiedlich aus. So ist es ein Unterschied, ob der Netzersatz in einem städtischen Ge-

Zur Person:



Foto: BDBOS

Seit Oktober 2007 ist Rolf Krost BDBOS-Präsident. Der 59-Jährige arbeitet seit 1985 im Bundesinnenministerium (BMI). Von Anfang 1994 bis Januar 2004 fungierte er als Leiter der Koordinierungs- und Beratungsstelle der Bundesregierung für Informationstechnik in der Bundesverwaltung (KBSt) im BMI. Danach übernahm er bis kurz vor seiner heutigen Tätigkeit die Leitung der Stabsstelle BOS-Digitalfunk im BMI. Von April bis Mitte Oktober 2007 wirkte Krost als kommissarischer Leiter der Bundesanstalt.



biet sichergestellt werden muss oder für eine gerade im Winter schwer zugängliche Basisstation in einer Bergregion. Hier gibt es verschiedene Möglichkeiten, von der klassischen Versorgung mit Dieselaggregaten bis hin zu Brennstoffzellen.

Ein weiteres Beispiel für die durchaus unterschiedliche Ausprägung des Digitalfunk BOS ist die Frage der Alarmierung, die beispielsweise von Hessen und Bayern über das BOS-Digitalfunknetz umgesetzt werden soll. Selbst dies erfolgt aber auf Basis eines einheitlichen technischen Standards.

Aber um es noch einmal klar zu sagen, wir haben ein einheitliches, bundesweites BOS-Digitalfunknetz mit gemeinsamen Standards und Mindestanforderungen, auch wenn es im Detail in unterschiedlichen Ausprägungen genutzt wird. Dies ist auch unsere Maxime für den Betrieb und die damit einhergehenden gemeinsamen Anstrengungen von Bund, Ländern und BDBOS.

DP: Auch die digitale Funktechnik pflegt sich nicht von allein. Haben die Länder qualifizierte Kräfte in ausreichender Zahl? Wie sieht es eigentlich in Ihrer eigenen Behörde aus? Und was könnte aus Ihrer Sicht getan werden, um mehr Experten von den Universitäten oder aus der freien Wirtschaft den Arbeitgeber „Öffentlicher Dienst“ schmackhaft zu machen?

Krost: Die Gewinnung geeigneter Fachkräfte ist für die Länder und für die BDBOS natürlich ein wichtiges Thema. Der öffentliche Dienst unterliegt den gleichen Rahmenbedingungen, die für den gesamten Arbeitsmarkt gelten. Mit anderen Worten: Wir müssen uns, wie viele andere Behörden auch, für qualifiziertes Fachpersonal – insbesondere aus den Bereichen Ingenieurwesen für Nachrichtentechnik und Informatik – gegenüber der freien Wirtschaft behaupten. Das ist, wie Sie sich vorstellen können, nicht einfach. Wir bieten zwar bei der BDBOS ein anspruchsvolles, interdisziplinäres Arbeitsumfeld und weit

über das übliche Maß hinaus Raum für Eigeninitiative und Gestaltungsmöglichkeiten. Doch wir brauchen perspektivisch für die Bundesverwaltung weitere Anreize für gefragte Fachkräfte, sonst besteht die Gefahr, dass wir an Attraktivität als Arbeitgeber verlieren. Hier könnten beispielsweise die Bereiche fachliche Weiterentwicklung, flexible Arbeitszeitmodelle oder mobiles Arbeiten, aber insbesondere auch finanzielle Anreize noch zusätzlich gestärkt werden. Darüber hinaus sind die Länder und die BDBOS auf erfahrene Einsatzkräfte angewiesen, die ihre Expertise in operativ taktischer Sicht bei der Lageplanung einbringen. Hier konkurrieren wir natürlich mit den anderen Einsatzmöglichkeiten der Polizei und tun uns daher schwer, aktive Einsatzkräfte zu gewinnen. Insofern sind wir darüber hinaus bemüht, pensionierte Kolleginnen und Kollegen für einen bestimmten Zeitraum noch für eine Tätigkeit für die BDBOS zu gewinnen.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.

Anzeige



MRL Mannesmannröhren Logistic. A member of HPI. | Am Rosenbaum 29 | D-40882 Ratingen
Telefon +49 (2102) 2071-0 | www.mrl.eu



Reichtum und Armut sind zwei Seiten einer Medaille

Aus der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde nichts gelernt

Die „Selbstheilungskräfte der Märkte“, die am Vorabend des drohenden Zusammenbruchs von den neoliberalen Marktradikalen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien geradezu „heilig“ gesprochen wurden, und die den Staat nur noch als „schlanken Sozialstaat“ propagierten, versagten zur Krisenaussteuerung. Trotz aller getätigten staatlichen Interventionen in die Märkte hat die Weltwirtschaftskrise aber gigantische Schäden hinterlassen. Allein 35 Millionen Menschen haben ihre Arbeit verloren, Millionen ihre Häuser, ihr Hab und Gut und auch ihre Rentenansprüche. In Europa sind Elendsökonomien entstanden.

Widersprüche

Wie konnte es dazu kommen? Ihre originäre Ursache hat die seit 2008 währende Finanz- und Wirtschaftskrise wie alle kapitalistischen Krisen im immanenten Systemwiderspruch marktwirtschaftlich-kapitalistischer Ordnungssysteme, die zudem noch zu tiefst ungerecht sind. Widersprüchlich deshalb, weil sich abhängig beschäftigte Arbeitskräfte und freies Unternehmertum im Kapitalismus ständig im Lohn-Gewinn-Widerspruch gegenüberstehen. Die einen bekommen Lohn, den sie als Einkommen maximieren wollen, die anderen sehen das Einkommen als ausschließlichen „Kostenfaktor“, den sie zur eigenen Gewinnmaximierung ständig minimieren wollen. Dies geht mathematisch aber nicht. Man kann nicht gleichzeitig maximieren und minimieren. Die Folge: Es kommt zu ständigen Verteilungskämpfen. Wer erhält von der arbeitsteilig geschaffenen Wertschöpfung wie viel? Dass das System bei einem solchen eklatanten Widerspruch überhaupt funktioniert, ist ausschließlich einer Kompromissbereitschaft beider Seiten zur Aussteuerung des Widerspruchs geschuldet. Der Tarifvertrag, abgeschlossen zwischen Kapital und Arbeit, ist dabei das Instrument.

Ungerecht ist der marktwirtschaft-

Von Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup

Auf dem Höhepunkt der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 sahen einige das Ende des marktwirtschaftlichen Kapitalismus gekommen. Die Welt stand in der Tat am Abgrund, vor einer ökonomischen „Kernschmelze“. Die schlimmste Krise seit den 20er-Jahren wäre ohne noch nie zuvor von der herrschenden Politik aufgelegte, gigantische staatliche Konjunkturprogramme auf Kredit, Bürgschaften für Kreditinstitute und eine von den Notenbanken praktizierte Niedrigzinspolitik nahe Null sowie dem Aufkauf notleidender Staatsanleihen nicht mehr beherrschbar gewesen.

liche Kapitalismus, weil der Unternehmergewinn nur dadurch entsteht, dass der Beschäftigte weniger an Lohn kostet als er in der Produktion an verkaufbaren Wert durch seine Arbeit generiert, die Differenz aber nicht erhält. Nur aus menschlicher Arbeit und Naturgebrauch entsteht ein Überschussprodukt (Wertschöpfung), das sich Unternehmer auf Grund ihres Kapitalvorschlusses und ihres Eigentums an den Produktionsmitteln aneignen. Kapitaleigner können so Andere für sich arbeiten lassen.

Dabei haben viele Eigentümer ihre eigene Arbeit längst eingestellt und werden trotzdem vom Arbeitsertrag Anderer immer reicher. Selbst Tote „arbeiten“ im Kapitalismus noch für ihre Erben, die für ihre Erbschaft selbst nichts geleistet haben. So „verdiente“ der Musiker Michael Jackson, die Nummer eins unter den toten Topverdienern, noch vier Jahre nach seinem Ableben rund 160 Millionen US-Dollar durch Plattenverkäufe und Einnahmen aus seinen Musik- und Showrechten.

Und wenn jetzt einer glaubt, es kann jeder durch Fleiß Kapitaleigner und Unternehmer werden, und damit der

Ausbeutung und Ungerechtigkeit entgegenkommen, dem sei gesagt, dass er damit allenfalls einzelwirtschaftlich und dazu noch rein egoistisch denkt, weil so natürlich die kapitalismusimmanente System-Ungerechtigkeit für Alle nicht aufgehoben ist und außerdem in der Gesellschaft nicht alle Unternehmer und Kapitaleigner werden können. Denn wer soll dann beispielsweise Polizistin oder Polizist werden?

Abhängig Beschäftigte sind für den Kapitalismus systemkonstituierend. Ohne sie gäbe es das kapitalistische System nicht. „Es sind im Kapitalismus“, wie der Ökonom und Wirtschaftshistoriker Max Weber schrieb, „Personen vorhanden, die nicht nur rechtlich in der Lage, sondern auch wirtschaftlich genötigt sind, ihre Arbeitskraft frei auf dem Markt zu verkaufen. Im Widerspruch zum Wesen des Kapitalismus steht es, und seine Entfaltung ist unmöglich, wenn eine solche besitzlose und daher zum Verkauf ihrer Arbeitsleistung genötigte Schicht fehlt.“

Krisen im Kapitalismus sind immer Verteilungskrisen

Vor diesem grundsätzlichen Hintergrund wundert es nicht, dass kapitalistische Krisen letztlich immer Verteilungskrisen sind. Steigen die Gewinne, Zinsen, Mieten und Pachten (Grundrente) mehr als die Produktivitäts- und Inflationsrate, so geht der Anteil der Arbeitseinkommen an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung zurück. Die Lohnquote sinkt und die Gewinnquote steigt. Die Verteilungsbilanz für die abhängig Beschäftigten ist dann negativ. Für die EU der 28 war dies von 2010 bis 2013 in jedem Jahr der Fall. Für Deutschland in 2010 und 2011. In den Jahren 2012 und 2013 kam es hier mit 0,8 Prozent zu einer leichten Umverteilung zu Lasten der Gewinnquote.





Investitionsrisiken beachten, ruck, zuck ist das Geld weg.

Foto: Zielasko

Die Umverteilung von unten nach oben hat Folgen: Auf der einen Seite schrumpft durch eine negative Verteilungsbilanz die kaufkräftige Nachfrage und auf der anderen Seite finden Gewinne, Zinsen und Grundrente keine hinreichende Investitionsanlage in der produzierenden Wirtschaft. Warum sollen Unternehmer in Maschinen und Gebäude investieren und Arbeitskräfte einstellen, wenn die Nachfrage nach Gütern an ihren Absatzmärkten rückläufig ist oder auch nur stagniert? Dies wäre ökonomisch völlig irrational.

Um das Problem als Folge der Umverteilung von den Arbeitseinkommen zu den Besitzeinkommen (Gewinnen, Zinsen, Grundrente) zu lösen, kann erstens die dadurch ausfallende Bin-

nennachfrage durch eine Auslandsnachfrage kompensiert werden. Dies verlangt aber nach Exportüberschüssen. Diese Strategie verfolgt in Europa kein anderes Land so aggressiv, geradezu merkantilistisch, wie Deutschland. So sind auf der einen Seite allein von 2001 bis 2012 gut 1.023 Milliarden Euro von den Arbeits- zu den Besitzeinkommen umverteilt worden und auf der anderen Seite ist gleichzeitig der Exportüberschuss, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, von 2,9 auf 7,1 Prozent gestiegen. Und zweitens können die Unternehmer und Kapitaleigner ihre durch Umverteilung realisierten, gesamtwirtschaftlich aber funktionslos gewordenen Gewinne, die nicht in ihren Unternehmen zur

Wiederanlage in Produktivkapital umgewandelt werden, an den internationalen Finanzmärkten anlegen – dies im neoliberalen Duktus möglichst ohne jede staatliche Kontrolle und Reglementierung der Finanzmärkte. Geld soll demnach weltweit frei vagabundieren können. Vor allen Dingen das durch Steuerhinterziehung angelegte „Schwarzgeld“ der Reichen in den internationalen Steueroasen. Die herrschende weltweite Politik erlaubt dies den Vermögenden bis heute. Ein unglaublicher Skandal!

Durch die zunehmende neoliberale Umverteilung und ihre Folgen entstanden schließlich „Zwei Welten“: Es kam zu einer zunehmenden Disproportion zwischen Produktion (Sozial-

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen



Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

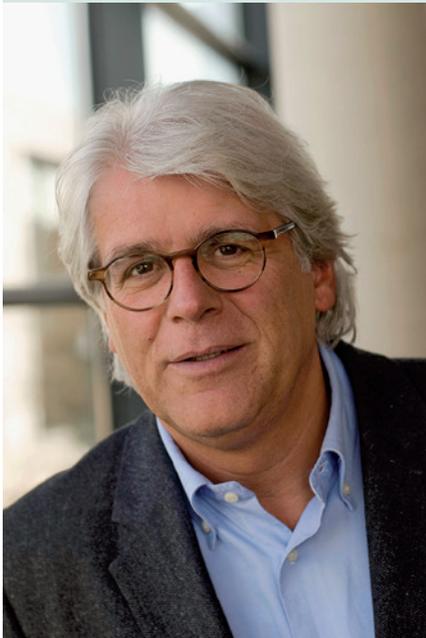
Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



Zur Person:



Prof. Dr. rer. pol. Heinz-J. Bontrup, Dipl.-Ökonom, Dipl.-Betriebswirt, Wirtschaftswissenschaftler an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Fachbereich Wirtschaftsrecht, Campus Recklinghausen, und Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik („Memorandum-Gruppe“)

Foto: Ulrich Zillmann

produkt) und Finanzvermögen. Zwischen 1980 und 2007 ist das nominale Bruttosozialprodukt der Welt von 10,0 auf 55,7 Billionen US-Dollar, also auf das Fünfeinhalbfache, angewachsen. Das liquide Finanzvermögen dagegen stieg von 12 auf 206 Billionen US-Dollar, auf das Siebzehnfache. Der Bestand an Finanzvermögen, deren Eigentümer den Anspruch auf eine hohe Rendite erheben, war also 2007 etwa dreieinhalb Mal so groß wie die jährliche Produktion, aus der diese Renditeansprüche befriedigt werden müssen. Krisenbedingt ging 2008 das Finanzvermögen um gut 8 Prozent beziehungsweise 17 Billionen US-Dollar zurück, um aber 2009 schon wieder auf 206 Billionen anzusteigen und den Verlust vollständig wettzumachen. Ende 2012 hatte das Finanzvermögen mit 225 Billionen US-Dollar einen bisher nicht erreichten Höchststand realisiert.

Fortschritt sieht anders aus

Kann eine solche wirtschaftliche (widersprüchliche) Entwicklung gut gehen? Natürlich nicht. Die Krise hat es gerade überdeutlich gezeigt. In den einzelnen Ländern ist das Ergebnis eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, aber auch zwischen den Volkswirtschaften entstehen verstärkte Gläubiger-Schuldner-Verhältnisse. Die einen haben auf Grund ihres nur geringen Einkommens zu wenig Geld und müssen sich ständig verschulden, Zinsen zahlen und sich noch mehr verschulden. Sie werden immer ärmer und fallen für das System als dringend benötigte Nachfrager an den Güter- und Dienstleistungsmärkten so gut wie aus. Der Staat muss viele von ihnen alimentieren und sich dafür verschulden. Die anderen, mit Überschüssen, sind bereit, die Schuldner mit Krediten zu versorgen. Und sie geben auch gerne die nicht bezahlten (erhobenen) Steuern auf ihr Einkommen und Vermögen dem Staat zur Finanzierung seiner Staatsverschuldung zurück. Dadurch werden die Vermögenden mit Zinseszins-Effekten immer reicher, ohne dafür selbst noch Arbeit zu leisten, und wissen am Ende nicht mehr, wohin mit ihrem vielen Geld. Diesem Geld stehen aber die Schuldner, die Kreditnehmer, die vielen Armen, die Arbeitslosen mit ihrem Sozialerwerb und die Beschäftigten mit ihrem niedrigen Einkommen, gegenüber. Wie sagte Bertold Brecht: „Armer Mann trifft reichen Mann und sehn sich an. Da sprach der Arme zum Reichen: Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich!“

Zinseszins-Effekt

Beim Zinseszins-Effekt wird das Kapital (K_n) berechnet, das beim Einsatz eines Anfangskapitals (K) in n Jahren bei einer Verzinsung von (p) entsteht, wenn jeweils die jährlichen Zinsen zum Anfangskapital aufgeschlagen werden. Die Formel lautet:

$$K_n = K \left(1 + \frac{p}{100} \right)^n$$

Werden so beispielsweise 100.000 Euro über 5 Jahre zu einem Zinssatz von 4 Prozent angelegt, dann steigt das Kapital auf einen Wert von 121.665,29

Euro, also um 21,7 Prozent.

Die gesamtwirtschaftliche Sparquote, die Überschussliquidität, wird dadurch letztlich zu groß. Als Anlage für das Geld der Reichen bleibt dann nur noch der Finanzmarkt, auf dem der schnelle Profit gemacht werden soll. Es wird spekuliert und wie im Spielkasino gezockt. So wundert es allenfalls den ökonomischen Laien, dass nicht nur der Deutsche Aktienindex (Dax) 2013 seinen Höchstwert mit 9.552 Punkten erreichte. Krise, was für eine Krise, fragen zynisch die Vermögenden? Selbst in der jetzt ablaufenden und längst noch nicht beendeten größten weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929 haben sich die Reichen in der Krise ab 2008 noch zusätzlich bedient beziehungsweise sind noch reicher geworden. Dabei ist klar: Die „Rettungsgelder“ für Banken und die Ausgaben für Konjunkturprogramme auf Kredit landen direkt auf den Konten der Vermögenden. Das private Nettovermögen in Deutschland (ohne Autos und Hausrat) lag 2012 bei 6,3 Billionen Euro. Dabei ist das Vermögen innerhalb der Eurozone (mit Ausnahme von Österreich) nirgends so ungleich verteilt wie in Deutschland. Der Gini-Koeffizient, der die Ungleichheit misst, lag bei 0,78. Je höher der Koeffizient ausfällt, umso ungleicher ist die Vermögensverteilung. In den USA lag der Gini-Koeffizient 2010 bei 0,87. Dem hoch konzentrierten Reichtum in Deutschland stehen rund 40 Millionen Deutsche gegenüber, die gewissermaßen von der Hand in den Mund leben. Sie haben nur ein bescheidenes Einkommen und so gut wie überhaupt kein Vermögen. Jedes fünfte Kind in Deutschland wächst in Armut auf, und in der Hauptstadt Berlin ist es mittlerweile sogar jedes dritte Kind. Suppenküchen, zynisch als sogenannte Tafeln benannt, gibt es heute in fast jeder etwas größeren deutschen Stadt und selbst die, die eine Vollzeitstelle haben, müssen zu Armutslöhnen von unter neun Euro Stundensatz brutto schuften. Davon betroffen sind in Deutschland gut 8,2 Millionen abhängig Beschäftigte – Tendenz weiter steigend.

Und auch in diesem Jahr werden in Deutschland von einem verfügbaren Einkommen in Höhe von 2.458 Milliarden wieder 283 Milliarden Euro gespart. Im vergangenen Jahr waren es 254 Milliarden. In den Jahren zuvor nicht viel weniger. Die Ersparnisse gehören dabei wie die kumulierten



Im Einsatz – im Thema.

Schutzgebühr: 7,50 €

2014

POLIZEI PRAXIS

Die neue POLIZEIPRAXIS ist da!
Bestellen Sie Ihr Exemplar
kostenfrei* unter
Reinhard.Kaufmann@VDPolizei.de.
Und melden Sie sich dabei gleich
für den kommenden Newsletter an!

*solange der Vorrat reicht

Der Zukunft einen Schritt voraus



Beschussamt Ulm

ein Einblick in die Erprobung
von Pistolen



Yelp und Flasher

Neue Unterstützungssignale
zur Verbesserung der Eigen-
sicherung



**Gewerkschaft
der Polizei**

Mitglied der European
Confederation of Police (EuroCOP)

Vermögensbestände aber nur wenigen. Von ihrer Ersparnis werden die Deutschen 2014 im Inland lediglich 83 Milliarden Euro investieren, sodass 200 Milliarden ins Ausland fließen. Dies bedeutet, dass sich das Ausland – die übrige Welt – bei den reichen Deutschen weiter, wie schon in der Vergangenheit, verschulden wird. Seit der Wiedervereinigung von 1991 bis 2012 sind hier in Summe 1.186 Milliarden Euro, jedes Jahr 53,9 Milliarden Euro, an Schulden von Ausländern bei Deutschen als Vermögen aufgelaufen. Dies ist die volkswirtschaftliche Gegenbuchung für die deutschen Exporterfolge, für die Leistungsbilanzüberschüsse, die automatisch zu Kapitalimporten im Ausland und somit zu einer Verschuldung führen.

Reichtum und Armut sind somit immer zwei Seiten einer Medaille. Genau wie in einer Volkswirtschaft und auch zwischen Volkswirtschaften der Saldo aus Vermögen und Schulden immer gleich Null ist. Wenn es keine Wirtschaftssubjekte gibt, die mehr ausgeben, als sie einnehmen, dann kann es auch niemanden geben, der mehr einnimmt als er ausgibt. Hinter jedem Euro Geldvermögen auf der ganzen Welt verbirgt sich in jeder Sekunde ein Euro Schulden. Das heißt, die Reichen können nur reich sein, weil andere ihnen den Reichtum durch ihre Verbindlichkeiten, sprich Schulden, verschaffen. Wie sagte noch Bertold Brecht?

Den Reichen sind die solventen Schuldner ausgegangen

Der kreditvergebende Vermögende will natürlich nur einen solventen Schuldner, der ihm die Annuität (Zinsen plus Tilgung) garantiert. Je mehr Reichtum aber bei wenigen konzentriert durch eine Umverteilung zu den Gewinnen, Zinsen und Grundrenten akkumuliert wird, umso mehr Schuldner braucht das System. Dies verstärkt sich noch durch eine multiple Geldschöpfung, die bei jeder Kreditvergabe entsteht und damit Geld wie aus dem Nichts geschaffen wird. Das dabei nach dem Zusammenbruch der New Economy im Jahr 2000 auf die entfesselten Finanzmärkte über Banken, Versicherungen und Fonds (Pension-, Immobilien- und Hedge- sowie Private Equity Fonds) getragene und Anlage und Profit suchende Geldkapital

findet aber schließlich immer weniger solvente Schuldner, sodass der „drittklassige“, nicht solvente Kreditnehmer (der „Subprime Kredit“) benötigt wurde, um das nahezu unbegrenzt geschaffene Finanzvermögen der Reichen noch absorbieren zu können. So bekam dann beispielsweise in den USA, aber auch anderswo, fast jeder einen Kredit. Selbst der Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger.

Die vermehrte kreditfinanzierte Anlage in Häuser und Wohnungen sowie in gewerbliche Objekte führte in Folge zu einer Immobilienpreisblase. Neben dem künstlich geschaffenen Run auf Immobilien wurden in den 2000er-Jahren durch Banken zahlreiche hoch spekulative „Finanzmarktprodukte“ geschaffen, die von Anfang an keinen Bezug zu irgendeinem ökonomischen realen Wert hatten. Ein in der Ökonomie bekannter Herdentrieb setzte ein. Alle wollten reich werden, ohne selbst dafür noch einzig wertschöpfende Arbeit in der produzierenden Wirtschaft zu leisten. Als dann noch die Banken die vergebenen „toxischen Kredite“ unterschiedlicher Solvenz zum Zweck ihres risikodiversifizierten Weiterverkaufs gebündelt („neu verpackt“) beziehungsweise verbrieft haben, den Kredit also zu einer weiter verkaufbaren Ware machten und in die Welt raus schickten, war das Ende der monetären Scheinwelt mit dem Zusammenbruch der viertgrößten US-Investment Bank Lehman Brothers im Jahr 2008 gekommen.

Auslöser war die US-amerikanische Notenbank (Fed). Als sie aus Inflationsängsten nur leicht den Leitzins erhöhte, bekamen einige größere Gläubiger der Finanzindustrie Bedenken und stellten die weitere Vergabe von Krediten ein oder verlangten wesentlich höhere Risikozinsen für ihr Kapital. Dies wiederum schränkte die Kreditnachfrage ein und schwache („drittklassige“) Schuldner konnten ihren bestehenden Zahlungsverpflichtungen bei erhöhten Zinsen nicht mehr nachkommen. Gleichzeitig wollten die Anleger ihren völlig überbewerteten „Vermögensrams“ so schnell wie möglich verscherbeln, in der Hoffnung, antizipierte Verluste noch vermeiden zu können. Dies gelingt natürlich nicht mehr, wenn zu Beginn der Krise der spekulative Herdentrieb wieder in die andere Richtung einsetzt und alle jetzt nur noch verkaufen wollen.

Die ganze Instabilität des Finanz-

sektors bleibt am Ende nicht ohne Folgen für die produzierende Wirtschaft. Das Wachstum bricht ein und es kommt zu Arbeitslosigkeit. Die Finanzmärkte können sich gegenüber der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zwar relativ verselbständigen; völlig entkoppeln können sie sich aber nicht. Die Quelle allen Gewinns, der Zinsen und der Grundrenten (Mieten und Pachten) liegt ausschließlich in der realwirtschaftlichen Produktion, durch den Einsatz menschlicher Arbeitskraft und Naturgebrauch. An den Finanzmärkten werden Werte nur verteilt, aber keine nachhaltigen Werte geschaffen.

Wer zahlt die Krisenlast?

Und jetzt? Nachdem die Banken und Staaten vor der Pleite gerettet wurden und die Vermögenden bisher so gut wie nichts an Last haben tragen müssen, weil sich die Krise bis heute fast ausschließlich in Form von Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen und Rentenverlusten entlud, sowie auf dem Konto Staatsverschuldung verbucht wurde, und die Reichen davon in der Krise noch profitierten, verlangen sie jetzt von der Politik massive Austeritätsprogramme, das heißt Kürzungen in den Staatshaushalten. Nicht nur der öffentliche Dienst wird dies, auch unter dem Druck der 2009 in Deutschland in die Verfassung geschriebenen Schuldenbremse, massiv zu spüren bekommen. Die Sozialhaushalte sind stark bedroht, genauso wie eine schon heute stark unterfinanzierte staatliche Infrastruktur und die Bildungshaushalte.

Steuererhöhungen für Reiche und Vermögende werden dagegen von der großen Koalition aus CDU/CSU und SPD kategorisch ausgeschlossen. Dies wird am Ende Wachstum und Arbeitsplätze kosten und die heute schon bestehende Armutsquote von 15,2 Prozent, das entspricht rund 13 Millionen arme Menschen in Deutschland, noch weiter erhöhen.

Auch wehrt sich die Regierung, allen voran Bundeskanzlerin Angela Merkel, vehement gegen eine Gläubigerhaftung, das heißt die Gläubiger sollen mit ihren privaten Einlagen bei den Banken, neben den Bankeigentümern mit ihrem Eigenkapital, bei einer die Bank bedrohenden schweren Krise haften. Dies will zumindest der EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia. Beim Europäischen Parla-



ment stößt dagegen eine umfassende Gläubigerbeteiligung bei den rechtsliberalen Parteien noch auf Widerstände. Eine schleichende Haftung beziehungsweise Last tragen die reichen Gläubiger aber dennoch schon heute. Die niedrigen Leitzinssätze der Notenbanken führen selbst bei nur geringen Inflationsraten zu negativen Realzinssätzen, sodass die bestehenden Geldvermögensbestände entwertet und gleichzeitig die privaten und staatlichen Schuldner von hohen Zinsen entlastet werden. Auch für Investitionen ist jetzt eine günstige Zeit. Daran wird sich auch – selbst langfristig – nichts ändern. Die Zinsen und die Inflation werden niedrig bleiben. Es ist einfach zu viel in der Krise nicht entwertetes Finanzvermögen der Reichen in der weltweiten Zirkulation und auf der Suche nach einer profitablen Anlage. Aber wo sind dafür die solventen Schuldner?

Investitionsrisiken beachten

Im Interview mit DEUTSCHE POLIZEI (DP) gibt Prof. Bontrup einige Tipps für den Umgang mit eigenem und fremdem Geld.

DP: Wo genau liegen die finanziellen Gefahren dieser Zeit, beispielsweise für junge Beamte, die früh ein festes Einkommen besitzen und so gelockt werden könnten, mit niedrigem Zins (zu teure) Immobilien zu kaufen?

Prof. Bontrup: Ein Kredit sollte immer reiflich überlegt sein. Dies gilt auch für Beamte mit festem Einkommen und einer unkündbaren Stellung. Der Kredit verlangt nach Zinsen und Tilgung (Annuität). Diese muss zukünftig aus dem laufenden Einkommen beglichen werden. Ohne größere Einkommenszuwächse bedeutet dies Konsumverzicht. Ein Hauskredit beziehungsweise die daraus folgende Annuität sollte nicht wesentlich oberhalb der heute zu zahlenden Kaltmiete liegen. Ein junger Beamter darf sich nicht zum Sklaven „seines“ Hauses machen, dass eigentlich bei einer Fremdfinanzierung dem Kreditgeber gehört und dieser dafür Zinsen aus der Arbeit beziehungsweise dem Arbeitseinkommen des Kreditnehmers erhält.

DP: Sollte man versuchen, Wohneigentum ohne Eigenkapital zu schaffen?

Prof. Bontrup: Ohne jegliches Eigenkapital ist ein Hauskredit nicht

zu empfehlen. Die Eigenkapitalquote sollte mindestens 30 Prozent betragen. Weiterhin ist beim Hauskredit zu beachten, dass die Hausnebenkosten (Steuern, Abgaben, Instandhaltungs-, Heiz- und Stromkosten) wesentlich höher sind als die Nebenkosten einer Wohnung. Diese zusätzliche Belastung wird häufig unterschätzt.

DP: Lohnt es sich noch zu sparen, und wenn, wo – unter dem Kopfkissen, auf dem Sparbuch oder investiere ich lieber?

Prof. Bontrup: Zurzeit lohnt sich die Anlage in Geldkapital (Festgeld, Sparbuch) nicht. Die Realzinsen sind negativ. Das heißt, das Ersparte wird durch die Inflation aufgezehrt. Eine Investition außerhalb von Geldkapital ist daher wirtschaftlicher. Dabei sind aber Investitionsrisiken zu beachten. Die Zinsen werden auch in Zukunft bei einem weltweit überreichlich vorhandenen gesamtwirtschaftlichen Geldangebot sehr niedrig bleiben. Das freut den Schuldner und ärgert den Vermögenden, den Sparer.

DP: Wie sicher ist noch das Gehaltsniveau im öffentlichen Dienst? Sind Zuwächse zu erwarten?

Prof. Bontrup: Vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse muss davon ausgegangen werden, dass die herrschende Politik die Staatsausgaben weiter senken wird. Steuererhöhungen auf Gewinne, hohe Einkommen und Vermögen sind dagegen offensichtlich keine Alternative. So sieht es jedenfalls die große Koalition aus CDU/CSU und SPD. Dadurch wird der Spielraum für Lohn- und Gehaltserhöhungen im gesamten öffentlichen Dienst sehr eng. Deshalb ist es hochwahrscheinlich, dass ohne einen grundlegenden Politikwechsel mit weiteren Reallohnverlusten bei den Staatsbediensteten zu rechnen ist. Außerdem wird es weitere Stellenstreichungen geben.

DP: Sie malen ein düsteres Bild ...

Prof. Bontrup: Ja, leider. Arbeitgeber – auch öffentliche – haben noch nie ohne Druck der Beschäftigten freiwillig etwas gegeben. Immer mussten die Beschäftigten für mehr Geld und kürzere Arbeitszeiten kämpfen. Wollen die Bediensteten nicht noch mehr von der Produktivitäts- und Preisentwicklung mit ihren Arbeitseinkommen abgehängt werden, so wird künftig mehr Solidarität und Kampfbereitschaft notwendig sein.

DP: Wie sieht es mit der Altersvorsorge aus?

Prof. Bontrup: Die gesetzliche Altersvorsorge, das Einkommen fürs Alter, wird bei den schon gefassten politischen Rentenbeschlüssen stark rückläufig sein. Für viele droht eine Altersarmut. Eine private, kapitalgedeckte Altersvorsorge ist dabei keine Alternative, sondern politische Volksverdummung. Dies haben gerade in der Finanzkrise die gigantischen Wertverluste in den privaten (kapitalgedeckten) Pensionsfonds überdeutlich gezeigt. Außerdem bläht eine kapitalgedeckte Rente die Finanzmärkte noch zusätzlich auf und sorgt heute für weniger Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.

DP: Sie halten also nichts von privater Vorsorge?

Prof. Bontrup: Für die Altersrente können gesamtwirtschaftlich nicht alle ansparen. Außerdem müssen die jeweiligen Rentenzahlungen immer in dem Jahr erwirtschaftet beziehungsweise aus dem laufenden Sozialpro-

Anzeige



BRUNOX®
Waffnenpflege ist
- Lauffreinigung
- Korrosionsschutz
- und Schmierung

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:
BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/ 961 2904; Fax / 961 2913



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % %
Informieren Sie sich! % % %
Telefon: (02207) 76 77 % % %
www.fahrzeugkauf.com

www.polizeifeste.de

Alle Polizeifeste
der GdP auf einen Blick!



dukt finanziert werden, in dem sie zur Auszahlung kommen. Deshalb macht bei der Rente nur ein solidarisches und staatlich organisiertes Umlageverfahren Sinn.

DP: Müssen angesichts der Finanzkrise künftig Arbeitgeber und Arbeitnehmer/Gewerkschaften in einem (volkswirtschaftlich gemeinsamen) Boot sitzen?

Prof. Bontrup: Abhängig Beschäft-

tigte und ihre Gewerkschaften stehen den Unternehmern und öffentlichen Arbeitgebern im Kapitalismus, und in einem solchen System befinden wir uns, trotz aller politischer Täuschungsversuche und begrifflicher Beschönigungen wie „soziale Marktwirtschaft“, permanent widersprüchlich gegenüber. Die einen haben Lohn und die anderen Gewinn und die öffentlichen Kassen sind bei einer kapitalorientierten Steuerpolitik leer. Hier gibt

es also keine Gemeinsamkeiten. Weder auf betriebswirtschaftlicher noch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene, die übrigens einem Unternehmer völlig abgeht, da er ausschließlich einzelwirtschaftlich denkt und damit im Sinne maximaler Gewinne gegen die Interessen der Beschäftigten handelt.

Das Gespräch führte DP-Redakteur Michael Zielasko.

NACHRUF

Das letzte Gründungsmitglied der GdP ging von Bord

Im Alter von 93 Jahren verstarb Karl Herfurt. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der GdP 1951 in Hamburg. 1956 nahm er die Tätigkeit des Gewerkschaftssekretärs für Schulung und Bildung im Landesbezirk Nordrhein-Westfalen auf und wenige Jahre später wurde er mit dieser Tätigkeit Gewerkschaftssekretär beim Bundesvorstand in Hilden.

unseren Mitgliedern. Längst in Pension hob Herfurt zusammen mit dem ehemaligen zweiten Bundesjugendvorsitzenden der JUNGEN GRUPPE, Gerd Niehoff, im Jahr 2000 den „Freundeskreis der Gründer der Europaseminare“

Sein Bemühen um die deutsch-israelische Freundschaft fand seinen Niederschlag in Kontakten zum israelischen Gewerkschaftsbund Histadrut und zur israelischen Polizei. Er organisierte viele bilaterale Gruppenreisen.

Zusammen mit Klaus Hübner, dem damaligen Bundesgeschäftsführer der GdP und späteren Polizeipräsidenten in Berlin, sowie mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Horst Geier gründete er die JUNGE GRUPPE in der GdP, deren erster und einziger Bundesjugendleiter er war. In dieser Funktion wurde er auch zum Vorsitzenden des Arbeitskreises zentraler Jugendverbände in Deutschland gewählt.

Als Gewerkschaftssekretär für Schulung und Bildung schaffte er in harten persönlichen Verhandlungen mit dem ehemaligen Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, die finanziellen Grundlagen für die Durchführung von mehr als 500 GdP-Berlin-Semi-



Aktiv und engagiert bis ins hohe Alter. Einer der Gründer – hier Mitte 2012 – im Gespräch mit GdP-Bundesgeschäftsführerin Alberdina Körner: Die GdP muss von Karl Herfurt Abschied nehmen. Foto: -It

naren. Gleichzeitig realisierte er viele Seminare für Personalräte, allgemeine gewerkschaftliche und Europaseminare für Polizeikollegen aus vielen europäischen Ländern gemeinsam mit

aus der Taufe. Dieser trifft sich noch jährlich einmal mit Polizeikollegen aus der Schweiz und Frankreich. Vor dem Hintergrund all dieser Aktivitäten war die GdP sein Leben. **Gerd Niehoff**





TITEL

Der gläserne Autofahrer

Ruf nach klaren Regeln

Ende Januar hat in Goslar der Verkehrsgerichtstag über aktuelle juristische Fragen des Straßenverkehrs beraten. Im Mittelpunkt der wichtigsten Tagung von Verkehrsexperten in Deutschland standen die Debatte um die begehrten Autocomputerdaten und die Reform des sogenannten Idiotentests. Auch eine nähere Untersuchung „rätselhafter“ Verkehrsunfälle sowie die Diskussion der europaweiten Vollstreckung von Bußgeldern wegen Verkehrsverstößen zählten zu den spannenden Themen der fast 2.000 Teilnehmer. Das große Interesse an dem internationalen Kongress beweist, dass wieder heiße Eisen rund ums Auto angefasst worden sind, die sowohl die Politik als auch die Verkehrsexperten in den kommenden Jahren noch intensiv beschäftigen werden.

Von Peter Schlanstein

Auf scharfe Kritik stießen die im Koalitionsvertrag niedergelegten Pläne der Bundesregierung, das Fahrverbot als eigenständige Sanktion im Kriminalstrafrecht einzuführen. Verkehrsgerichtstagspräsident Kay Nehm wies darauf hin, dass es den Prinzipien des Schuldstrafrechts widerspreche, wenn die Devise lau-

te: „Wo treffe ich den Straftäter am empfindlichsten?“ Fehle aber jeglicher Bezug zwischen Tat und Sanktion, strafe ein allgemeines gesetzliches Fahrverbot die Verurteilten auf unterschiedliche Weise.

Ernst zu nehmende Bedenken gegen eine Aufwertung des Fahrverbots zur Hauptstrafe erhob auch die nieder-

sächsische Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz, weil ein Fahrverbot den einzelnen „ganz unterschiedlich hart“ treffe. „Für einen Stadtbewohner, der einfach auf öffentliche Verkehrsmittel ausweichen kann, ist diese Sanktion weniger einschneidend“, sagte die Ministerin. Wer dagegen auf dem Land lebe – oder viel über Land müsse – und ein Auto benötige, um seiner Arbeit nachzugehen, für den seien die „Auswirkungen viel folgenschwerer“. Die so entstehende Drucksituation könne den Betroffenen dazu veranlassen, sich trotz Fahrverbot ins Auto zu setzen „und so erneut eine Straftat (Paragraf 21 StVG) zu begehen“, sagte sie.

Auch Vielfahrer würden in ihrem Lebenszuschnitt durch ein Fahrverbot ungleich härter getroffen als diejenigen, die kaum ihr Auto nutzten. „Gut situierte Straftäter können dabei eher auf die Inanspruchnahme von Fahrdiensten ausweichen als sozial schwächer gestellte“, illustrierte



Knapp unter neuem Teilnahmerecord: Über 1.900 Experten beim Gerichtstag 2014.
Foto: Schlanstein



Niewisch-Lennartz ihre ablehnende Haltung gegenüber einer vermeintlich wirkungsvollen neuen Strafe, die tatsächlich eine ungleiche Belastungswirkung in sich birgt.

Substanzschwache Pläne im Koalitionsvertrag

Bedenklich erscheint dem Ex-Generalbundesanwalt auch die inhaltlich schwache Ankündigung des Koalitionsvertrages, bei Verkehrsstraftaten „künftig auf körperliche Eingriffe zur Bestimmung der Blutalkoholkonzentration verzichten und sich mit der im Bußgeldverfahren bewährten Atemalkoholmessung begnügen“ zu wollen. Hier fehle es den Politikern an Mut, den „überfälligen Verzicht auf den Richtervorbehalt bei Anordnung einer Blutprobe im Verkehrsstrafrecht gesetzlich zu regeln“. Da den Betroffenen aber ein Wahlrecht zwischen Atemalkohol- und Blutalkoholmessung eingeräumt werden soll, zeige



Rollender Computer

Die Verkehrsunfallaufnahme ist schon heute dadurch geprägt, dass immer weniger sichtbare Spuren auf der Fahrbahn vorhanden sind, die den Unfallablauf zumindest teilweise erkennen lassen. Es wird deshalb immer schwieriger, aufzuklären, wer den Unfall verursacht hat.

Entscheidend bei der Rekonstruktion von Unfällen sind oft Aussagen von Beteiligten oder Zeugen sowie technische Fakten, soweit diese gesichert werden oder im Nachhinein noch zu erheben sind. Zugleich nehmen Verfügbarkeit, Umfang und Auswertungen möglicher Daten im Fahrzeug in jüngster Zeit drastisch zu. Infolge des zunehmenden Einsatzes von elektronischen Baugruppen und Fahrerassistenzsystemen wandelt sich das Kraftfahrzeug (Kfz) immer stärker in einen rollenden Computer.

Vorhandene Datenspeicher im Auto sind in der Lage, die Ursachenzusammenhänge für einen Unfall mit hoher Aussagekraft zu objektivieren – wenn man es so möchte. Gewisse Mehrwertdienste, Versicherungsvorteile und Staumitteilungen erscheinen dem Fahrer oftmals zunächst attraktiv – bei unzureichender Aufklärung über die Tragweite der Datenweitergabe können allerdings kaum einschätzbare Gefahren drohen.

Fährt der Computer sicherer?

Car-IT, das vernetzte Fahrzeug, war – neben der Elektromobilität – der große Innovations-Schwerpunkt der letztjährigen Internationalen Automobiliausstellung (IAA). Folgt die Entwicklung den Visionen einiger Automobilexperten, werden selbstfahrende Autos, also das autonom computergesteuerte Kfz, bald zum Alltag gehören. Selbstfahrende Autos dürften das mobile Leben sowie die Struktur der Städte und Gemeinden erheblich verändern. Es könnten auch Personen am Straßenverkehr wieder teilnehmen, denen dies bislang aus verschiedenen Gründen nicht möglich war. Außerdem würde die Verkehrssicherheit deutlich erhöht, da Computer bald die besseren Fahrer sein werden.

Intelligente Fahrerassistenzsysteme (FAS) sind zunehmend in der Lage, vor allem in gefährlichen Fahrsituationen präziser und insbesondere rascher zu reagieren, als dies durch den Fahrer zu leisten möglich ist. Als Beispiel seien hier nur Fahrzeuge mit automatischem Blockierverhinderer (ABV), elektronischem Stabilitätsprogramm (ESP), Abstandstempomaten mit und ohne Notbrems- sowie Heckaufprallassistenten, Spurhalte- und -verlassensassistenten, Müdigkeitswarner, Nachtsichtunterstützung, Verkehrszeichenerkennung, Kreuzungsassistent und Car-to-X-Communication zu nennen.



DP-Autor Peter Schlanstein Foto: privat

sich, wie sehr die Protagonisten am eigenen Vorhaben zweifelten. Nehm wünschte sich von der Politik stattdessen „im unausgewogenen Nebeneinander unterschiedlicher gesetzlicher und richterlicher Alkoholgrenzwerte für unterschiedliche Verkehrsteilnehmer“ eine klare Harmonisierung bisheriger Ungereimtheiten der Promille-Grenzen. Dies schließt die Problematik bei Radfahrern mit ein.



Zu den elektronischen Helfern lässt sich generell sagen, dass fortlaufend tausende Daten im Fahrzeug anfallen, um alle Antriebs-, Sicherheits-, Komfortfunktionen zu ermöglichen und absichern zu können. In vielen Steuerelementen der modernen Fahrzeugtechnik (zum Beispiel Airbag-Steuergeräte oder je nach Ausstattung teilweise 50 bis 80 andere Steuergeräte) werden im Betrieb des Kfz permanent Daten vorübergehend verarbeitet, die auch für die Unfallrekonstruktion genutzt werden könnten. So geben diese Daten unter anderem Aufschluss über die gefahrene Geschwindigkeit, Stellung des Gaspedals, den Einschlagwinkel des Lenkrades und vieles andere mehr.

Mit der weiter zunehmenden Automatisierung der Fahrzeuge rücken der Datenschutz und die Datensicherheit im und um das Auto immer mehr in das Bewusstsein der Öffentlichkeit. Dipl.-Ing. Jürgen Bönninger von der FSD Fahrzeugsystemdaten GmbH brachte es auf den Punkt: „So wie in Vergangenheit und Gegenwart der Ruf nach noch mehr Verkehrssicherheit und Umweltschutz im Straßenverkehr im-

mer lauter wurde, so ist heute und wird zukünftig auch der Ruf nach mehr Datenschutz und Datensicherheit immer deutlicher zu vernehmen sein.“

eCall wird in Neuwagen zur Pflichtausstattung

Über das System eCall (emergency call oder automatischer Notruf) wird bei einem Verkehrsunfall automatisch durch den auslösenden Airbagsensor und über das Mobilfunknetz die örtlich zuständige Notrufabfragestelle informiert. Die Positionsdaten des Unfallautos werden mit Hilfe des Satellitennavigationssystems GNSS (Global Navigation Satellite System) übertragen. So ist die schnelle Feststellung des Unfallortes gewährleistet. Zugleich kann eine Sprechverbindung zwischen dem Fahrzeug und der Rettungsleitstelle (Notruf 112) aufgebaut werden. Notwendige Hilfsmaßnahmen lassen sich dadurch sehr schnell einleiten und somit optimieren. Ab 2015 soll das für alle Autohersteller kompatible eCall bei Neufahrzeugen in der EU zur Pflicht werden.

Event-Data-Recorder: Big Brother in jedem Pkw

Wenngleich bislang der nennenswerte Einsatz von Unfalldatenspeichern in Deutschland aus Datenschutzgründen sowie wegen des ungünstigen Kosten-Nutzen-Verhältnisses nicht realisiert wurde, könnte alsbald der Event-Data-Recorder (EDR) für mehr Rechtsicherheit bei Unfällen sorgen. Ein EDR führt sämtliche Daten aus den im Kfz vorhandenen FAS zusammen und macht nahezu alle Fahrvorgänge über eine Schnittstelle einer Auswertung leicht zugänglich. Anders als ein Unfalldatenspeicher handelt es sich beim EDR somit nicht um ein autarkes Gerät mit eigener Sensorik, sondern um einen kostengünstigen Sammel Speicher, der im Falle eines Unfalls die jüngsten Fahrdaten aus den vorhandenen FAS speichert und diese Informationen für eine anschließende Auswertung verfügbar macht.

Der auf dem US-Automarkt auch ohne bundesgesetzliche Pflicht bereits eingeführte und in weitem Maße aus verschiedenen Gründen akzep-

Reise & Erholung



wasser-craft
rafting canyoning distal

Sommer Abenteuer bei uns
TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour
1x grillen am Lagerfeuer und
2 ÜF / Pension, DU-WC
Preis pro Person ab € 161
Ermäßigungen f. Polizeigruppen

office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at
Telefon: 0043 5252 6721

Fehmarn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,
am Südstrand,
50 m z. Promenade, Kabel-TV
Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehmarn4family.de

Blumen-Blüten & Meer (Ostfriesland)
NEU! Sonnige 40- & 66-qm-FEWO (EG),
eigene Süd-Terrasse + Garten;
★★★★ TOP-Ausstattung & -Lage,
(Blumenstadt Wiesmoor); **Kollegenrabatt!**
Tel. 01 73 / 913 1990,
www.birdie-home.de

Mittlerer Schwarzwald
Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos,
50–90 m², für 2–6 Pers., ab 35 €/Tag,
(Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unserem
Schwarzwaldtal viele interessante
Ausflugsmöglichkeiten (z. B. Europapark,
Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger
Wasserfälle) in nächster Umgebung
und **Natur pur**. Hausprospekt unter
Tel. 0 78 23/9 65 65, Fax 9 65 66
Machen Sie sich ein Bild unter
www.mittelschwarzwald.de
Sie werden begeistert sein!

Franken b. Bamberg, eig. Metzgerei.
Menüwahl, Wald u. Berge, Lift, 75 Betten, DU/
WC/TV, HP 5 Tage ab 155,- €. Tel. 0 95 35/
2 41, zur-sonne-urlaub.de/Prospekt anford.

Bayerischer Wald, komf. FeWo**** v. Kollegen
ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:
0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

THAILAND www.royalsiamgolf.de
(Ermäßigungen für Polizei u. a.)

Biker, 58 J., fährt Nov. 2014 für 4 Wochen Krad
in Neuseeland, wer möchte mit?
detleschoene@freenet.de, Tel. 01 60/6 65 45 14

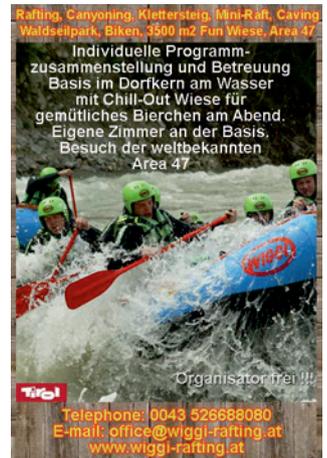


Top Angebot

Action, Abenteuer - pricke!nd anders

1x Rafting & Canyoning
1x Grillplatte & Foto CD
2x ÜF / Pension DU-WC
pro Person nur € 149,00

www.cankick.at
info@cankick.at
Tel +43(0)5252 / 20038



Individuelle Programmzusammenstellung und Betreuung
Basis im Dorfkern am Wasser
mit Chill-Out Wiese für
gemütliches Bierchen am Abend.
Eigene Zimmer an der Basis,
Besuch der weltbekannten
Area 47

Organisator frei!!!

Telephone: 0043 526888080
E-mail: office@wigg-rafting.at
www.wigg-rafting.at

Adria Riccione, Familienhotel Ermeti,
40 m vom Strand, Frühstücksbuffet,
Menüwahl, Parkpl.; Familienrabatte und
gdp-Rabatt: 3%; www.hotelermeti.it

Nordfriesland (dän. Grenze), **Nähe Sylt**, 3'-
NR-FeWo., 2-4 Pers., ab 37,- €, 0 46 63/71 96,
www.nordfriesland-fewo.de

Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf
Ferienchalet Heidehof
Zollkollege bietet komf. Fewos für 2–6 Pers.
in schöner Jugendstilvilla. Fahrradverleih,
Dreiländereck, D/PL/CZ, Fam. Zein,
Tel.: 03 58 44/7 27 23.
www.heidehof-jonsdorf.de



tierte EDR hält abrufbar dezidierte und aussagekräftige Informationen für die Verkehrsunfallauswertung fest. Vor dem Unfall sind dies insbesondere Geschwindigkeit, Umdrehungszahl, Prozent der Beschleunigung, Betätigen der Bremse, ABS-Zustand, ESC-Zustand und Driftgeschwindigkeit, während des Unfalls Delta-V-Zeitgeschichte (Aufprallimpuls), gemessene Änderung der Geschwindigkeit, Kurve, Rollprozent, Zeitpunkt der Betätigung des Luftpolsters und Rollwinkel sowie nach dem Unfall automatische Notifikation der Kollision.

Allerdings verwenden die Kfz-Hersteller die allermeisten dieser Daten nur temporär. Sie werden augenblicklich gelöscht, wenn diese nicht mehr zur Funktionserfüllung notwendig sind, entsprechend des Prinzips der Datensparsamkeit. Es gibt jedoch auch Daten, die dauerhaft gespeichert werden, und zwar unter anderem stets in der Situation, wenn es zu einem Verkehrsunfall kommt.

Datenspeicherung automatisch beim Unfall

In der Bordelektronik, nicht nur von neueren Pkw, verrichten Mikroprozessoren geradezu allgegenwärtig zum Teil hoch komplexe Regel- und Steuerungsvorgänge, die sich mit einer Vielzahl möglicher Fahrdaten, unterstützt durch die Elektronik aller vorhandenen Assistenzsysteme, auswerten lassen, wenn beispielsweise eine Fehlermeldung durch Ausfall eines Systems anlässlich eines Verkehrsunfalls auftritt.

Durch das Auslesen der Fehlerspeicher mit den Werkstatt-Diagnosegeräten besteht ebenfalls die gegenwärtig noch recht aufwändige Möglichkeit, über den Kfz-Hersteller eine Fülle von nicht standardmäßig gespeicherter Daten über die konkrete Fahrsituation im Moment der Auslösung eines Fehlerspeichers zu erhalten. Dies geht über die Ermittlung von Werten wie der Kollisionsgeschwindigkeit weit hinaus.

Eine Funktionsfähigkeit vorhandener aktiver und passiver Sicherungssystemen wie ABV, Gurtstraffer oder Airbags mit Steuergeräten, die in wenigen Millisekunden (ms) Daten erfassen und auswerten, ist ohne leistungsfähige Mikroprozessoren nicht denkbar. Beim Steuergerät des Airbagmoduls erfolgt die Analyse des Ver-



Blackbox: Wenn das Auto die eigenen Verstöße speichert.

Foto: DVR

laufs der auf das Fahrzeug wirkenden Beschleunigung permanent über einen längeren Zeitraum. Deshalb wird aufgrund von Veränderungen in der Beschleunigung, dem sogenannten Ruck, binnen einer Zeitspanne von 20 bis 30 Millisekunden im Prozessor registriert, dass es sich hierbei nicht etwa um einen möglichen Sensorfehler, sondern um ein plausibles Signal, dem starken Anstoß infolge eines Verkehrsunfalls handelt, sodass explosionsartig eine Airbag-Auslösung veranlasst wird.

Durch die auf etwa 30 Millisekunden genaue und auf Dauer gespeicherte Fehlermeldung des Airbag-Prozessors lassen sich über das Steuergerät damit sowohl die exakte Unfallzeit sowie die damit vernetzten Daten aller anderen Systeme ermitteln, die sämtliche relevanten Details des konkreten Fahrvorgangs zur exakten Unfallzeit dokumentieren. Alle unfallwichtigen und für die Rekonstruktion höchst bedeutsamen Informationen werden daher über das Airbag-Steuergerät mit

hoher Genauigkeit erfasst. Löst infolge des Zusammenstoßes der Airbag eines Kfz aus, ist deshalb die nachträgliche Fahrdatenauswertung mit hoher Präzision und Aussagekraft für jedes Kfz möglich, das über einen Airbag verfügt, also für fast alle im Straßenverkehr verwendeten Pkw.

Wem gehören die Fahrzeugdaten?

Mit dem Erwerb des Eigentums an dem Kfz gewinnt der Kunde auch das Eigentum an sämtlichen Steuergeräten des Kfz einschließlich der Speicherchips und der erforderlichen Software. Damit ist der Kunde, also der Fahrzeughalter, grundsätzlich Eigentümer der Datenträger wie auch der gespeicherten Daten.

Bei den während der Fahrt erfassten Daten handelt es sich überdies aber um nicht anonymisierte Informationen, die sich auf den jeweiligen Fahrer beziehen und über einen konkreten



Sachverhalt, zum Beispiel das Verhalten im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall, Aufschluss geben. Dies bedeutet, dass die aufgezeichneten Betriebs- und Fahrdaten als schutzwürdige, weil personenbezogene Daten im Sinne des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) zu verstehen sind. Es handelt sich bei den Fahrdaten also um die dem Fahrer „gehörenden“ Daten.

Sowohl im Zivil- als auch im Strafverfahren dürfen diese Daten im Rahmen der gesetzlichen Regelungen verwendet, also einbezogen und ausgewertet werden. In der Vergangenheit sind ähnliche Daten, die von EU-Kontrollgeräten oder mit analogen Diagrammscheiben aufgezeichnet wurden, bereits dafür zulässigerweise verwendet worden, soweit sie als Beweismittel – im Verfahren gegen den Fahrer – von Bedeutung waren. Die Rechte auf Aussage- und Zeugnisverweigerung werden dadurch nicht verletzt. Sie bezwecken nicht den Schutz des Beschuldigten oder Angeklagten, sondern des Zeugen.

Nichts anderes wird grundsätzlich für aus Kfz gewonnenen Daten gelten. Soweit es sich um Strafverfahren handelt, richten sich die Sicherstellung

und die Herausgabepflicht von Fahrzeugdaten beziehungsweise -datenträgern nach den Paragrafen 94, 95 und 98 Strafprozessordnung (StPO). Allerdings zieht der verfassungsmäßige Grundsatz der Verhältnismäßigkeit die erforderlichen Grenzen.

Klare Regeln für den Umgang mit Autodaten gefordert

Damit Innovationen für die Automobilität in Europa auch zukünftig gesellschaftlich akzeptiert werden, forderte der Arbeitskreis, den Austausch von Daten und Informationen aus dem Fahrzeug eindeutigen Rechtsvorschriften zu unterwerfen, die „das informationelle Selbstbestimmungsrecht durch Transparenz und Wahlfreiheit der Betroffenen, insbesondere von Fahrzeughalter und Fahrer, sichern“.

Fahrzeughersteller und weitere Dienstleister müssten Käufer bei Vertragsabschluss in dokumentierter Form „umfassend und verständlich informieren, welche Daten generiert und verarbeitet werden sowie welche Daten auf welchen Wegen und zu welchen Zwecken übermittelt“ werden. Ände-

rungen dieser Inhalte seien rechtzeitig anzuzeigen und der Fahrer darüber in geeigneter Weise im Fahrzeug zu informieren.

Bei der freiwilligen oder vertraglich vereinbarten Datenübermittlung an Dritte, zum Beispiel Versicherungen, sollten Fahrzeughalter und Fahrer technisch und rechtlich in die Lage versetzt werden, die Datenübermittlung zu kontrollieren und gegebenenfalls zu unterbinden. Im Übrigen sei das Prinzip der Datensparsamkeit sicherzustellen.

Für Unfalldatenspeicher, Event Data Recorder und so weiter, fordert der Arbeitskreis, Standards vorzuschreiben. Zugriffsrechte der Strafverfolgungsbehörden und Gerichte sollten unter konsequenter Beachtung grundrechtlicher und strafprozessualer Schutzziele spezifisch geregelt werden.

Automatisiertes Fahren im Vormarsch

Auf einem Kolloquium des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR) im Dezember in Bonn äußerten Wissenschaftler die Erwartung, dass ab

Kapitalmarkt

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, **seit über 35 Jahren.**

Beamendarlehen erneute Zinssenkung Mai 2013

4,50% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

***Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.**

Außerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldentwurf, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldversicherung.

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.

Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 0231/9 14 51 45

!SOFORTKREDITE!

vermittelt
PECUNIA GmbH seit 1980
Tel. 02 01/22 13 48

Ablösung teurer Kredite u. Girokonten Kredite bis zum 80. Lebensjahr
Ohne Auskunft bis 10.000 €.

45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Caritas international

www.caritas-international.de
Spendenkonto 202 753
Postbank Karlsruhe, BLZ 650 100 75

Diakonie Katastrophenhilfe

www.diakonie-katastrophenhilfe.de
Spendenkonto 502 707
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Diakonie Katastrophenhilfe

www.diakonie-katastrophenhilfe.de
Spendenkonto 502 707
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtdarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholz
Prielst-Heing-Str. 19 • 46325 Borken-Weselo



2020 autonome Fahrzeuge auf den Straßen unterwegs sein können, zunächst im Einsatz auf Autobahnen, da dort weniger Konfliktmöglichkeiten bestehen. Das Auto gibt selbstständig Gas, lenkt, bremst und überholt. Der Fahrer lehnt sich entspannt zurück und überlässt dem Auto alle Aufgaben des Fahrens.

Im Plenarvortrag des Gerichtstages warb Continental-Vorstand Helmut Matschi dafür, auf neue Assistenzsysteme zu vertrauen und diese vermehrt zu nutzen. Er befürchte dabei gerade nicht eine oft heraufbeschworene Entmündigung des Fahrers. Vielmehr werde das vernetzte und auf Wunsch mit der „Chauffeur-Taste“ automatisch fahrende Auto den Fahrer noch freier bei der Nutzung individueller Mobilität machen. Wer täglich dieselbe Strecke zur Arbeit fahre, werde es sicherlich „als Entlastung empfinden, wenn das Fahrzeug ihm diese Aufgabe abnimmt“, prognostizierte das Vorstandsmitglied des Automobilzulieferers.

Der menschliche Fahrer – ein etabliertes System mit Fehlern

Automatisierte Systeme können die Verkehrssicherheit in der Tat um ein Vielfaches erhöhen und damit Menschenleben retten. Zwar sind die meisten Autofahrer von sich überzeugt, ganz gute Fahrzeugführer zu sein. Dennoch werden in Deutschland mehr als 95 Prozent aller Unfälle durch menschliche Verhaltensfehler der Fahrer verursacht, so das Statistische Bundesamt. Der fortschreitende Einsatz technischer und elektronischer Systeme in Kraftfahrzeugen könnte hier wirksame Abhilfe bieten, und zwar gezielt dort, wo menschliche Fehler immer wieder schwere Folgen haben. In anderen komplexen Verkehrssystemen wie der Luftfahrt hat der Mensch bereits einen wesentlich geringeren Anteil an allen Unfallursachen.

Zu lösen sind bis dahin jedoch noch einige Probleme in der Anpassung der Mensch-Maschine-Schnittstelle sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen, da das weltweit und auch in Deutschland unterzeichnete Wiener Übereinkommen über den Straßenverkehr von 1968 im Widerspruch zu einem autonomen beziehungsweise automatisierten Fahren steht.

Das Wiener Übereinkommen verpflichtet die Vertragsstaaten, die



Chauffeur-Taste: Autonomes Fahren auf Knopfdruck?

Foto: DVR

erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die in ihrem Gebiet geltenden Verkehrsregeln einschließlich der technisch zu erfüllenden Bedingungen von Kraftfahrzeugen mit denen des Übereinkommens in Einklang zu bringen und zu halten. Überdies wird gefordert, dass jeder Kfz-Führer dauernd und unter allen Umständen sein Fahrzeug beherrschen muss, um den Sorgfaltspflichten genügen zu können und um ständig in der Lage zu sein, alle ihm obliegenden Fahrbewegungen auszuführen. Die damit postulierte ständige Übersteuerbarkeit und Entscheidungskompetenz durch den Menschen stellt sich aber bereits heute als fragwürdig in modernen Kfz dar. Eine grundsätzliche und internationale Überarbeitung der gesetzlichen Vorschriften ist daher notwendig, den Weg zum computergesteuerten Fahren in den nächsten Jahren zu ebnen.

„Rätselhafte“ Verkehrsunfälle und strafprozessuale Aufklärungspflicht

Die Zahl der Getöteten im Straßenverkehr erreichte im vergangenen Jahr einen neuen Tiefstand. Dem Statistischen Bundesamt zufolge sank die Zahl der Todesopfer auf 3.340, also etwa 260 weniger als 2012. Die Zahl der Verletzten ging um 2,7 Prozent

auf rund 374.000 Personen zurück. Bei den Unfallursachen steht alljährlich das Fehlverhalten der Fahrzeugführer im Vordergrund – und bei Unfällen mit Personenschaden wieder die nicht angepasste Geschwindigkeit, Fehler beim Abbiegen, Nichtbeachten von Vorfahrt und Vorrang sowie mangelnder Sicherheitsabstand, gefolgt von Unfällen unter Einfluss von Alkohol oder anderer berauschender Mittel.

Aber auch körperliche oder geistige Veränderungen, zum Beispiel aufgrund des fortgeschrittenen Lebensalters, können gefährliche Situationen im Straßenverkehr verursachen. Dies mag schon bei bedenkenlosem Fahren unter Medikamenteneinwirkung oder einer fehlenden Selbstreflexion bei eingeschränktem Bewegungsapparat gegeben sein. Nur in den seltensten Fällen wird ein Fahren mit allgemeinen körperlichen oder geistigen Mängeln polizeilich geahndet. In der Statistik werden „sonstige körperliche oder geistige Mängel“ im Jahr 2012 nur bei 3.558 Unfällen aufgeführt, bei denen es zu Personenschaden kam. Das entspricht gerade knapp einem Prozent der erhobenen Unfallursachen.

Unfallursachen besser auf den Grund gehen

Dem gegenüber finden sich in polizeilichen Unfallanzeigen häufiger



forum kriminal- prävention



Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Buchtipps
Neues aus der Wissenschaft
Gewalt an Schulen
Jugenddelinquenz
Erziehung und Pädagogik
Kommunale Prävention
Einbruchsprävention
Sicherheitsstechnik
Prävention in Europa
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –
forum kriminalprävention für nur

19,-€
jährlich,
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer

Plz, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Datum, Ort

1. Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort

2. Unterschrift



Bestellen Sie heute Ihr Abonnement **forum kriminalprävention** um besser informiert zu sein. Als Dankeschön für Ihre Bestellung erhalten Sie diese LED-Lampe für Ihren Schlüsselbund, die Sie auf jeden Fall behalten dürfen. Weitere Informationen über die Zeitschrift und die Stiftung erhalten Sie auf www.vdpolizei.de (auch online-Bestellungen)

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalenderjahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5 € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a • 40721 Hilden
Tel.: 0211/7104-188 • Fax: 0211/7104-4188

Formulierungen wie: „Aus ungeklärter Ursache kam das Fahrzeug von der Fahrbahn ab ...“ Scheinbar führen rätselhafteste Verkehrsunfälle immer wieder zu erheblichen Sachschäden oder rufen gar schwerste Verletzungen hervor und enden nicht selten fatal. Haben wir uns daran schon gewöhnt? Werden hier die Ermittlungsmöglichkeiten und gesetzlichen Pflichten nicht ausgeschöpft? Frühzeitige fahrerlaubnisrechtliche Maßnahmen könnten dazu beitragen, solche oft tragischen Unfälle zu vermeiden.

Einig ist man sich unter den Experten, dass zu viele Verkehrsunfälle ohne näher genannte Ursache registriert werden. Als begründbare Beispiele für diese regelmäßig ungenaue Zuordnung sind etwa die Verwendung von Mobiltelefonen oder die Ablenkung durch Radio und Navigationssysteme zu nennen. Während in einigen Polizeibehörden noch vor wenigen Jahren der Anteil der sogenannten Unfallursache 49, das heißt „andere Fehler beim Fahrzeugführer“, rund die Hälfte aller polizeilich registrierten Verkehrsunfälle ausmachte, setzt sich die Polizei mittlerweile häufiger Qualitätsstandards, nach denen diese sehr allgemein gefasste und wenig hilfreiche Kategorie zum Beispiel fünf Prozent aller polizeilich aufgenommenen Unfälle nicht überschreiten darf.



Multimarken-Diagnose: Umfassendes Auslesen von Kfz-Daten.

Foto: VDO

Allerdings sind die Schäden mit der Ursache 49 oft besonders hoch. Eine mögliche Begründung hierfür könnte in der polizeilichen Verkehrsunfallaufnahme liegen, soweit bei verbleibenden Unsicherheiten – insbesondere bei folgenschweren Unfällen – weitere Fehler beim Fahrzeuglenker aufgeführt werden.

In der Tat ereignen sich Verkehrsunfälle meist durch ein Zusammen-

spiel vieler unterschiedlicher Einflussfaktoren, sodass ohne eine genauere Analyse des Unfallhergangs nicht gesagt werden kann, dass unter gewissen Voraussetzungen ein Unfall hätte vermieden werden können. Über die tatsächlichen Unfallursachen lässt sich dann nur spekulieren. Möglicherweise spielen Ablenkung und Müdigkeit (Ursache 03), aber auch körperliche oder geistige Mängel (Ursache 04) der Fahrzeugführerin oder des Fahrzeugführers eine größere Rolle. Unter Aspekten der Unfallforschung und Erhöhung der Verkehrssicherheit erscheint es daher erstrebenswert, deutlich mehr beziehungsweise differenziertere Ursachen zu erfassen und auf weniger spezifische nach Möglichkeit zu verzichten.

Prävention zum Erhalt der Kraftfahrtauglichkeit beeinträchtigter Menschen verbessern

Die Verhinderung sogenannter rätselhafter Verkehrsunfälle, die zu großem menschlichen Leid und hohem Sachschaden führen, erfordert nach der Auffassung des Arbeitskreises verstärkt präventive Maßnahmen sowie – unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, der Beschuldigtenrechte sowie der Opferinteressen – intensive strafprozessuale Aufklärung. Dabei müssten Fahrlehrer, Ärzte sowie Angehörige der Ermittlungsbehörden und Fahrerlaubnisbehörden vertieft für diese Problematik sensibilisiert und



Nehm: Überladene Lkw stärker ins Visier nehmen.

Foto: DVR





deren Aus- oder Fortbildung optimiert werden.

Gerichtspräsident Nehm relativierte ausdrücklich, dass es nicht darum gehe, dass die Polizei bei jedem Verkehrsunfall, bei dem sie nicht genau wisse, wer ihn verursacht habe, in den Fahrzeugen herumschnüffle, eine Personenkontrolle durchführe und die Wohnung des Unfallbeteiligten danach durchsuche, welche Medizin etwa geschluckt werde. Vielmehr gehe es nur um die Fälle, wo Menschen sich ans Steuer setzen, die offensichtlich aufgrund langjähriger Krankheit oder momentan eingenommener Mittel Verhaltensweisen an den Tag legen, die „zum Nachdenken anregen“. Hier sei insbesondere die ärztliche Hilfe von Bedeutung, um Möglichkeiten zu finden, diese „Defizite auszuschalten und sich gar nicht erst in die Gefahr zu begeben,

ein Fahrzeug zu steuern, wobei dann möglicherweise Menschen zu Schaden kommen“, sagte Nehm.

Der entsprechende Arbeitskreis forderte die Ärzteschaft auf, „verkehrsmedizinische Aspekte bei der Patientenaufklärung sorgfältig zu beachten“. Dies gelte auch für die Wirkungen und Nebenwirkungen verordneter Medikamente sowie deren Wechselwirkungen.

Zur sachgerechten Aufklärung der Fahreignung sollen von Polizei und Staatsanwaltschaft „Kataloge geeigneter Ermittlungsmaßnahmen“ aufgestellt und fortentwickelt werden. Technischer und medizinischer Sachverstand sei in besonderem Maße einzubeziehen. Auch sollen die bereits vorhandenen innerdienstlichen Weisungen zur körperlichen Untersuchung, insbesondere bezüglich der Blutprobe,

auf das Vorliegen körperlicher oder geistiger Mängel ausgedehnt und konsequent angewendet werden. Vor allem dürfe in derartigen Fällen der Untersuchungsumfang „nicht auf Alkohol oder die in der Anlage zu Paragraph 24 a StVG bezeichneten Drogen beschränkt“ werden, empfahl der Arbeitskreis.

Schließlich sollten Menschen „mit fahreignungsrelevanten geistigen oder körperlichen Mängeln nicht ohne regelmäßige, verpflichtende Kontrolluntersuchung am motorisierten Straßenverkehr teilnehmen“, forderten die Teilnehmer.

Die Berichterstattung über den Verkehrsgerichtstag wird im Mai fortgesetzt. Der komplette Beitrag mit allen Fußnoten ist auf der GdP-Homepage verfügbar.

WIKIPEDIA

Im Visier von Unternehmen

Eine neue Studie beschreibt, wie große Konzerne und ihre Mitarbeiter die Einträge im Online-Lexikon Wikipedia gezielt beeinflussen. Auf diese Weise verschwinden unliebsame Details und manchmal ganze Seiten mit heiklen Inhalten aus dem Netz. Die bisherigen Regeln, an denen sich die für Wikipedia ehrenamtlich tätigen Schreiber orientieren, reichen nicht aus, um die Manipulationsversuche abzuwehren.

Von Thomas Gesterkamp

Unter Lehrern, Dozenten und anderen Multiplikatoren, erst recht unter Schülern und Hochschülern genießt sie Kultstatus. Die angeblich von einer „Schwarmintelligenz“ getragene „Mitmach-Enzyklopädie“ Wikipedia gilt als legitimer Erbe des aus den Bücherregalen verschwundenen Brockhaus. Zu der elektronischen, scheinbar objektiven und unangreifbaren Wissensautorität haben viele Nutzer ein wenig kritisches, geradezu höriges Verhältnis. Laut einer Befragung von ARD und ZDF schauen 75 Prozent der Männer und 70 Prozent der Frauen in Deutschland zumindest gelegentlich bei Wikipedia nach. Kaum eine Hausarbeit von Studierenden aus der Generation der „Digital natives“, die mit dem Internet aufgewachsen ist, kommt noch ohne Verweise auf die kosten-

frei zugängliche Orientierungs- und Deutungsquelle aus. Selbst Gerichte zitieren inzwischen in ihren Urteilen aus Wikipedia-Artikeln.

Bei Nutzern beliebt

Die Adresse hat einen Stammpflicht unter den Top Ten der beliebtesten Anlaufstellen im Netz. Sie wird jeden Tag viele Millionen Mal aufgerufen, pro Sekunde greifen mehrere Tausend Nutzer darauf zu. Allein die deutschsprachige Ausgabe enthält 1,7 Millionen Artikel auf 4,6 Millionen Seiten. Global betrachtet konsultieren 500 Millionen Menschen mindestens einmal pro Monat das Online-Lexikon, rund 30 Millionen Texte in 280 Sprachen sind abrufbar. Sein positives Image und seinen Erfolg verdankt das im Jahr 2001 gegründete Portal auch der innovativen Art und Weise, wie

hier Informationen zusammengestellt werden und „freies Wissen“ entsteht. Prinzipiell kann sich jeder einbringen, Texte schreiben, sie verändern oder beanstanden – die vielgerühmte „Schwarmproduktion“.

Das umfangreichste Archiv der Welt könnte bald sogar zum Monopolisten werden. Denn nicht nur der deutsche Brockhaus, auch internationale Konkurrenzprodukte wie Microsofts CD-ROM-Lexikon Encarta wurden bereits vor Jahren aufgegeben. Anfang 2012 stellte auch das bekannteste und renommierteste Nachschlagewerk weltweit, die traditionsreiche Encyclopaedia Britannica, nach 244 Jahren ihr Erscheinen ein. Was YouTube für bewegliche Bilder und Google für die Suche nach Kurzinfos ist, ist Wikipedia für die Dokumentation von Wissensinhalten. Der Einfluss des riesigen Datenpools auf die Meinungsbildung wächst stetig. Das weckt Begehrlichkeiten bei Prominenten und anderen öffentlichen Akteuren, vor allem aber in den Public Relations-Abteilungen von Institutionen und großen Unternehmen.

Schon im Juli 2009 berichtete der Webauftakt der Illustrierten „Stern“ über einen solchen Fall. In den Bear-



beitungen des Wikipedia-Eintrags zum Atomkraftwerk Biblis tauchte auffällig oft eine bestimmte IP-Adresse auf. Der Nummerncode ließ sich zurückführen auf den AKW-Betreiber RWE, der „stern.de“ zufolge „etwa Angaben zu Störfällen“ ergänzt hatte. Auch danach kam es über dieselbe Adresse zu Änderungen in inhaltlich verwandten Einträgen, unter anderem zu den Stichworten „RWE“, „Brennelementbehälter“, „Sicherheit von Kernkraftwerken“ und „Erneuerbare Energien“. Oft geht es bei den vorgenommenen Bearbeitungen um kleine, aber gewichtige sprachliche Nuancen: Aus dem „Export von Atommüll“ wird die harmloser klingende „Rückführung von Brennstäben“, aus dem „Störfall“ ein „meldepflichtiges Ereignis“.

PR weit verbreitet

Der Bonner Journalist und Dozent Marvin Oppong hat solche Beispiele in einer Studie zusammengetragen. Das Ergebnis seiner mehrjährigen Recherchen veröffentlichte jetzt die Otto-Brenner-Stiftung, die der Industriegewerkschaft Metall nahe steht. „Verdeckte PR in Wikipedia – Das Weltwissen im Visier von Unternehmen“ lautet der Titel der durch ein Stipendium unterstützten Expertise. „Je länger ich mich mit dem Thema beschäftigt habe, desto mehr habe ich den Eindruck gewonnen, dass PR in Wikipedia weit verbreitet ist“, sagt Oppong. Statt neutraler, von unabhängigen Schreibern eingestellter Fakten findet man dort immer häufiger friierte Texte.

Wenn der Eintrag über ein bestimmtes Unternehmen besonders intensiv von Rechnern dieses Unternehmens bearbeitet wird, ist das ein Hinweis auf eine mögliche gezielte Beeinflussung. So stammten zwischen 2005 und 2009 allein zwei Dutzend Änderungen im Text über die Daimler AG von Computern des firmeneigenen Netzwerks. Inhaltlich ging es dabei um keine Bagatellen, sondern um heikle und öffentlich kontrovers diskutierte Themen wie Lobbying im Bereich Klimaschutz oder die Rolle des Stuttgarter Unternehmens im Nationalsozialismus. Ein Daimler-Sprecher betonte auf Nachfragen, das Umformulieren bestimmter Passagen sei nicht im Auftrag des Konzerns vorgenommen worden, es handele sich um „eigenständige, private Äußerungen von Mitarbeitern“.

In anderen Fällen wurden Texte nicht nur umgeschrieben, sondern unerwünschte Fakten und Details gleich komplett eliminiert. Die Expertise beschreibt den Fall BASF Coatings, eines Lacke produzierenden Tochterbetriebes des Ludwigshafener Chemieriesen. Ein historischer Rückblick verwies auf „durch die Regierung bereitgestellte Zwangsarbeiter“ der damaligen IG Farben in der NS-Zeit und verlinkte zusätzlich auf den Wiki-

liberale Partei im Kontext der umstrittenen Steuersenkungen für Hoteliers. Und sogar den Steyler Missionaren hält der Verfasser vor, das Online-Lexikon für eine geschönte Selbstdarstellung missbraucht zu haben – es ging um fehlenden Priesternachwuchs und die Rolle der Ordensbank in der Flick-Affäre.

Marvin Oppong fordert einen verbindlichen „Ethik-Kodex“ für Wikipedia. Er schlägt vor, dass die Benutzer-



Studie nahm offensichtliche PR-Aktivitäten in Wikipedia unter die Lupe.

Foto: Jens Büttner/dpa

pedia-Artikel „Zwangsarbeiter“. Über eine IP-Adresse, die zu BASF führt, wurde diese Passage gelöscht. Das Wort „Zwangsarbeiter“, so die Studie, komme im aktuellen Eintrag über die BASF nur noch „im Zusammenhang mit einer Wiedergutmachungsleistung“ des Konzerns vor.

Freiwillige gegen Profis

Die Liste der interessengeleiteten Interventionen, die die Expertise erwähnt, ist lang. Den Text über den früheren iranischen Präsidenten Ahmadinedschad zum Beispiel manipulierte der US-amerikanische Geheimdienst CIA. Über Rechner des Vatikans wurde der Eintrag des irischen Sinn Fein-Führers Gerry Adams verändert. Der User „7Pinguine“, nach eigenen Angaben FDP-Mitglied, strich die Erwähnung von Parteispenden für die

oberfläche des digitalen Lexikons für Laien einfacher gestaltet wird und die Bearbeiter von Texten ihre Identität lüften müssen. Um mehr Transparenz herzustellen, sollten Institutionen und Unternehmen ihre Accounts offenlegen.

Allein in der deutschsprachigen Version der Enzyklopädie werden Tag für Tag rund 300 Artikel neu angelegt. Keine auf freiwilliger Basis agierende Gemeinschaft könne das „im Blick behalten“ – zumal sich ein harter Kern von wenigen Tausend Aktiven in den Debatten über die Artikel mit professionellen PR-Experten auseinandersetzen müsse. Ein ungleiches Duell: Konzerne, Verbände und Parteiapparate seien „personell zu gut bestückt und finanziell zu gut ausgestattet“, betont Oppong. Schon wegen seiner Binnenstrukturen sei Wikipedia nicht in der Lage, Missbrauch zu erkennen und effektiv einzudämmen.





Sicher leben

Das Präventionsportal **PolizeiDeinPartner.de** bietet allen Bürgern, Unternehmen, Institutionen und Behörden die Möglichkeit, sich online über einzelne Themenbereiche der kriminalpolizeilichen Prävention umfassend zu informieren.

Breit gefächerte Themengebiete, z. B.:

- Diebstahl und Betrug
- Gewalt und Missbrauch
- Internet und Mobilfunk
- Sicheres Gebäude
- Verkehrserziehung und -sicherheit
- Zivilcourage



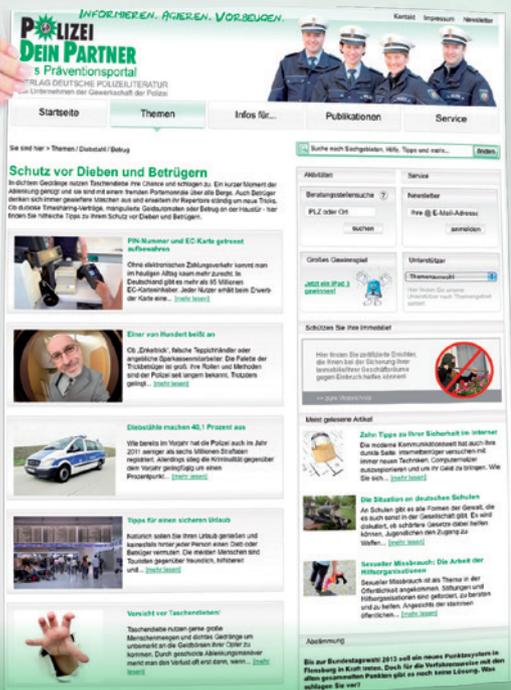
Umfangreicher Zusatz-Service:

- Viele nützliche Links und Downloads
- Monatlicher Newsletter
- Kriminalpolizeiliche Beratungsstellen
- Bußgeldrechner

Zielgruppenorientierte Gliederung:

- Autofahrer und ÖPNV-Nutzer
- Gewerbetreibende
- Kinder und Jugendliche
- Eltern, Lehrer und Erzieher
- Mieter und Eigentümer
- Urlauber

Und viele mehr.



www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

POLIZEI
DEIN PARTNER

Das Präventionsportal
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211/7104-0, Telefax 0211/7104-174
av@vdpolizei.de, www.vdpolizei.de

Vandalen im Bearbeitungskrieg

Den deutschen Zweig des weltweiten Netzwerks koordiniert der in Berlin ansässige gemeinnützige Verein Wikimedia, dessen Geschäftsstelle rund 50 Vollzeitkräfte beschäftigt und vor allem Spenden in Millionenhöhe sammelt. Zwar gibt es Ansätze eines Regelsystems gegen organisierte Manipulation. So müssen neu eingefügte Informationen durch verlinkte Quellen nachgewiesen sein; diese „Belegpflicht“ wird aber eher lax gehandhabt. Wer ständig versucht, gegen den Widerstand anderer Autoren Änderungen durchzusetzen und so einen „Edit War“ (Editier- oder Bearbeitungskrieg) anzettelt, kann im Extremfall wegen „Vandalismus“ durch den verantwortlichen Administrator gesperrt werden. Die Einführung einer Pflicht für alle beteiligten Schreiber, eindeutig rückführbare Klarnamen zu benutzen, stößt in der Wiki-Gemeinschaft mit Verweis auf den Datenschutz jedoch auf Widerstand.

Große Unternehmen beauftragen immer häufiger ein ganzes Team von Netzexperten, die nicht nur auf Wiki-

pedia-Texte Einfluss nehmen, sondern auch für eine positive Darstellung in Suchmaschinen wie Google sorgen sollen. In den USA haben sich Firmen wie WikiPR darauf spezialisiert, nicht erwünschte Artikel oder Textpassagen zu entfernen. Solchen zielgenauen, zeitintensiven und mit viel Geld unterstützten Aktivitäten ist mit ehrenamtlichem Engagement und halbherziger Überprüfung nicht beizukommen. „Die Wikipedia-Community“, resümiert Autor Oppong, sei „machtlos gegenüber PR, wenn nicht sogar desinteressiert“.

Die Konsumenten fordert die Studie auf, ihre unkritische Haltung zu hinterfragen. Private wie berufliche Nutzer müssten sich klar machen, „dass sie ein Medium nutzen, an dem jedermann Inhalte verändern kann – sei es eine altruistische Privatperson, der die Bildung breiter Massen am Herzen liegt, oder der Spin-Doktor eines zahlungskräftigen Auftraggebers aus der freien Wirtschaft“. Wikipedia mag zwar überwiegend durch Zuarbeit „von unten“ entstehen, ist aber trotz der basisdemokratischen Aura eben keine wissenschaftliche Quelle und

weniger glaubwürdig als traditionelle Enzyklopädien.

Auch der (inzwischen nur noch in einer Digitalversion aktualisierte) Brockhaus nahm durch Auswahl und Gewichtung der Einträge stets eine bestimmte Wertung vor. Doch hinter den Lexika alten Typs standen renommierte Wissenschaftler sowie redaktionelle Gremien, Herausgeber und Verlage, die öffentlich bekannt und sichtbar waren. Es besteht kein Grund, den Autoren der Wikipedia eine ähnlich hohe Achtung entgegen zu bringen, solange diese bewusst anonym bleiben wollen, jede Registrierpflicht ablehnen und ihre Identität durch Decknamen verschleiern.

Marvin Oppong: Verdeckte PR in Wikipedia – Das Weltwissen im Visier von Unternehmen, Otto-Brenner-Stiftung, Frankfurt/Main 2014.

Die Studie steht als pdf-Datei unter www.otto-brenner-stiftung.de. Als gedruckte Broschüre (OBS-Arbeitsheft 76) ist sie kostenlos zu beziehen: Otto-Brenner-Stiftung, Jupp Legrand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt, Telefon 069-6693-2810, Fax -2786.

POLIZEIEINSATZ

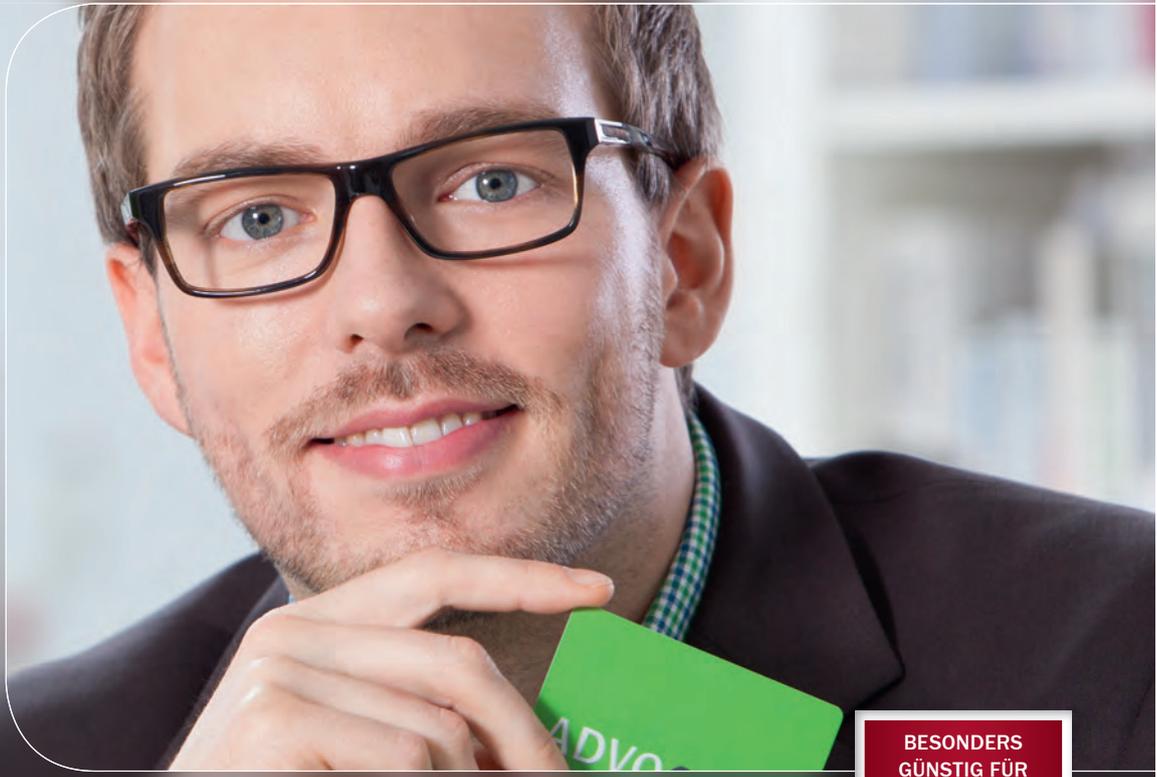
Außergewöhnliche Tat rettet Mutter und Kind

Eine spektakuläre Rettungsaktion gelang einem Polizeibeamten und einem Lkw-Fahrer bei einem Brand Anfang März in Hof/Saale. Der Polizist hielt den Kraftfahrer an, um mit dem Container-Absetzer an das brennende Haus zu gelangen. Die Männer konnten so ein Baby mit seiner Mutter aus dem ersten Stock des Hauses retten. Im Hintergrund des Bildes erkennt man die Schmiererei „ACAB“, mit der Cops ja allgemein beleidigt werden. Mutter und Kind werden in dem mutigen und umsichtigen Kollegen bestimmt keinen „Bastard“ sehen. hol



Foto: Andrea Arndt





BESONDERS GÜNSTIG FÜR GdP-MITGLIEDER!

ALLES AUF EINER KARTE
MAXIMALE SICHERHEIT MIT ADVOCARD

Alle 4 Sekunden passiert in Deutschland ein Rechtsschutzfall. Ob im Straßenverkehr oder privat zu Hause. Besser Sie sind da abgesichert. Mit ADVOCARD haben Sie jederzeit einen Top-Anwalt an Ihrer Seite. Und wir übernehmen die Anwalts- und Gerichtskosten für Sie.

Jetzt informieren bei der OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH, Abteilung Versicherungen, Frau Diana Lühr, Forststraße 3a, 40721 Hilden, 0211 7104-202, Diana.Luehr@gdp.de



Landesdelegiertentag der GdP Brandenburg

Als erster GdP-Landesbezirk hielt Brandenburg vor dem Bundeskongress im Spätherbst am 21. und 22. Februar seinen Landesdelegiertentag ab. Der wiedergewählte Landesvorsitzende Andreas Schuster (Bildmitte) stellte in seiner Rede vor den 150 Delegierten und Gästen in Potsdam fest, dass die Situation der Polizei noch nie so schwierig und die Motivation noch nie so am Boden gewesen sei. Er forderte die Politik auf, das Vertrauen der Polizei in die Politik wieder herzustellen. Zugleich haben die Gewerkschafter die vergangenen vier Jahre analysiert, kritisch aufgearbeitet, zugleich selbstbewusst Erfolge aufgezeigt, aber auch Niederlagen eingeräumt.

Die Delegierten berieten insgesamt 93 Anträge, insbesondere zu den Themen Personalabbau, Verhandlungen zum Tarifvertrag, Verwaltungsumbau, zur Lebensarbeitszeit, Aus- und Fortbildung, Beförderungen und Beurteilungswesen, Föderalismusreform,



Neues Team für Brandenburg.

Foto: Michael Seidenschwanz

Gesundheitsmanagement, Einstellung von Tarifbeschäftigten; sowie Ausbildung und Übernahme.

Zu den Gästen am zweiten Tag gehörten Brandenburgs Ministerpräsi-

dent Dietmar Woidke und Innenminister Ralf Holzschuher.

Die GdP in Brandenburg zählt 7.100 Mitglieder. Im Land gibt es insgesamt 8.250 Polizeibeschäftigte. **wsd**



EHRUNG

Heinz Kiefer mit Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet

Mit dem Bundesverdienstkreuz ist der ehemalige stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und stellvertretende Landesbezirksvorsitzende der GdP Bayern, Heinz Kiefer, Mitte März in München für seinen jahrzehntelangen Einsatz für die Polizei ausgezeichnet worden.

Die Ehrung des im Ruhestand befindlichen Pyrbaumer Polizeioberberrats übernahm im Namen des Bundespräsidenten der Bayerische Staatsminister des Inneren für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann.

Kollege Kiefer war 16 Jahre Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstands und amtierte seit dem GdP-Bundeskongress in Bremen im Jahre 1998 als stellvertretender Bundesvorsitzender, bis er 2010 aus Altersgründen auf eine erneute Kandidatur verzichtete. Bis 2011 wirkte er als Präsident an der Spitze der Vereinigung europäischer Polizeigewerkschaften (EuroCOP). Im Namen



Foto: Tom Bentele

seiner Organisation würdigte GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow das gewerkschaftliche Wirken des

neuen Trägers des Bundesverdienstkreuzes und gratulierte aufs Herzlichste. **mzo**



ENGLISCH FÜR DIE POLIZEI

IT'S ALL PART OF THE JOB

- Lehrbuch -

Von **Norbert Brauner, Dieter Hamblock, Friedrich Schwindt** unter Mitarbeit von **Eva Heinrich, Michael Popp** und **Udo Harry Spörl**.

10. Auflage 2011

Umfang: 360 Seiten

Format: 17 x 24 cm, Fadenheftung, Broschur

Preis: 20,90 € [D] / ISBN 978-3-8011-0659-1

- Wörterbuch -

Von **Norbert Brauner, Dieter Hamblock, Friedrich Schwindt** und **Udo Harry Spörl**.

5. Auflage 2014

Umfang: 480 Seiten

Format: 11,5 x 17,5 cm, Fadenheftung mit Kunststoffeinband

Preis: 19,90 € [D] / ISBN 978-3-8011-0728-4

- Sprachführer -

Von **Norbert Brauner, Dieter Hamblock, Friedrich Schwindt** und **Udo Harry Spörl**.

2. Auflage 2006

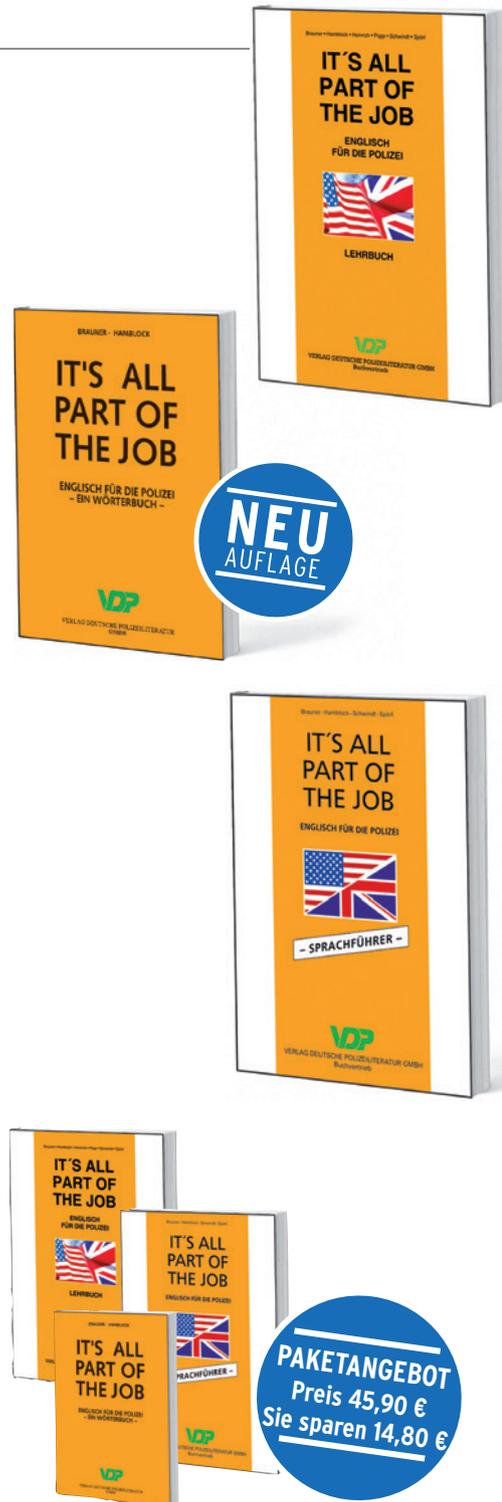
Umfang: 256 Seiten

Format: 17 x 24 cm, Fadenheftung, Broschur

Preis: 19,90 € [D] / ISBN 978-3-8011-0539-6

Seit gut 20 Jahren leistet das Lehrbuch „IT'S ALL PART OF THE JOB“ in der Polizei für den berufsbezogenen Englisch-Unterricht und für das Selbststudium wertvolle Dienste. Zu Recht gilt es unter Lehrenden und Lernenden mit sprachlichen Basiskenntnissen als ein Standardwerk in der polizeilichen Fremdsprachenausbildung.

Neben dem Lehrbuch besteht das Lehrwerk aus einem darauf abgestimmten Wörterbuch und einem Sprachführer.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseprobe und Bestellmöglichkeit unter: www.VDPolizei.de

menbedingungen schaffen müsste. Was aber macht Sie? Sie macht die Grundsatzbedürfnisse nach Wohnung, Wärme, Trinkwasser, Lebensmitteln zum Objekt des Profitstrebens einiger weniger, die damit ihren Reichtum vergrößern. Der jüngste Vermögensverteilungsbericht ist auch Ausdruck einer verfehlten Politik, einer Politik, die immer nur die Interessen einer reichen Minderheit vertritt, die über große Mehrheit des Volkes aber außen vorlässt, was zu ungleicher Verteilung führt.

Insbesondere seit der Verabschiedung und Inkraftsetzung der Agenda 2010 durch die damalige rot-grüne Regierung hat sich die Gesellschaft in der von Herrn Pfeiffer beklagten Richtung verändert. Aber die sogenannten christlichen Parteien haben es nicht vermocht, dass die Folgen dieser Agenda beseitigt werden. Die Politik versteht nicht, dass Armuts- und Hungerlöhne und prekäre Arbeitsverhältnisse das Leben vieler Menschen immer unsicherer machen und deshalb abgeschafft gelten. Die Politik

hat nicht begriffen, dass diese Art „Arbeitsmarktpolitik“ sozialer Sprengstoff ist, der sich eines Tages entladen kann und wird, der die Gesellschaft immer mehr spaltet.

Das merken die betroffenen Menschen, dass der Reichtum der Gesellschaft auf der Armut der Mehrheit basiert. Und die Politik schon lange nicht mehr das Sagen hat, sondern das eine Prozent, das das Geld besitzt, den Ton angibt und bestimmt, wo es lang geht. Die Menschen haben sich dazu in Deutschland und in anderen europäischen Ländern artikuliert. Sie sind auf die Straße gegangen und haben es den Politikern zugerufen.

Haben es die Politiker gehört? Sicher, aber sie wollen es offensichtlich nicht verstehen, sie beachten das friedlich Geäußerte nicht. Und dann kommt eben die Bezeichnung Ausschreitungen. Die vom Ausland aufgewiegelt Krawallmacher in der Ukraine bezeichnet man als friedlich demonstrierende Opposition, das Steinerwerfen auf die dortige Polizei als rechtmäßiges Handeln gegen einen

„Diktator“. In Deutschland wird friedlichen Bürgern in Stuttgart Pfefferspray in die Augen gesprüht.

Wie gesagt, ich bagatellisiere nicht die Gewalt gegen andere Menschen und ich befürworte sie auch nicht. Ich kann sie nicht gut heißen. Keine Art von Gewalt, egal von welcher Seite. Aber zu einer sachlichen Diskussion und einer objektiven Berichterstattung darüber gehört es auch, die Ursachen für eine schlimme Entwicklung zu nennen.

Peter Spindler, Zittau



Schon mal wieder eine Diskussion über Gewalt gegen Polizeibeamte. Solange es nicht gelingt, die Richterschaft dazu zu bewegen, bei Gewaltanwendung gegen Beamte Urteile und keine Lachnummern zu verkünden, ändert sich nichts.

Keine Artikel, keine Veranstaltung mit Senatoren, Polizeipräsidenten, Bürgermeister und Politikgrößen. Alles heiße Luft.

Walter Aukthun, Hamburg

Anzeige

Guthabenverzinsung auf der GdP-VISA-Card 1,05 % p. a.



- kostenloses Internet-Konto DKB-Cash (Giro-Konto) mit der GdP-VISA-Card
- weltweit kostenlos Geld abheben – an Geldautomaten – mit der GdP-VISA-Card

Zu beantragen unter www.gdp.de/kreditkarte



Motto „Erfahrung gestaltet Zukunft“ engagiert umsetzen

Ein deutliches Signal für eine stärkere Beteiligung lebensälterer Menschen an der politischen Willensbildung sendeten die 111 Delegierten der 7. Bundessenorenkonferenz der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mitte März in Potsdam. Neben der Wahl eines neuen Bundessenorenvorstandes berieten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer rund 40 Anträge, darunter zu Versorgungs- und Rentenfragen, Kriminalität gegenüber älteren Pflegebedürftigen, verbesserte Altersvorsorge, Gesundheitspolitik und Vorruhestandsregelungen.

Weil die Gesellschaft immer älter werde, müssten die Arbeitnehmervertretungen auf den demographischen Wandel reagieren, betonte der neue GdP-Senioren-Chef Winfried Wahlig, der in der GdP-Seniorengruppe mehrere Zehntausend aus dem aktiven Dienst ausgeschiedene Polizeibeschäftigte vertritt. Wahlig: „Wir Älteren wollen und werden daran mitwirken, dass die Solidarität zwischen aktiven Polizeibeschäftigten und Ruhestandlern gefördert und verbessert wird. Wir wollen kein Pensionärs-Club sein, der sein eigenes Süppchen kocht, sondern mit unserem Engagement für die künftigen Versorgungsempfängerinnen und -empfänger vorarbeiten. Ganz nach unserem Motto ‚Erfahrung gestaltet Zukunft‘.“

GdP-Bundeschäftiger Oliver Malchow würdigte das motivierte Eintreten der seit über 25 Jahren bestehenden Seniorengruppe: „Ihr seid

es, die dazubeigetragen haben, was Polizei heute ausmacht. Seid stolz, auf das was ihr erreicht habt, aber schaut, was heute passiert.“ Die Senioren-



... und dann die Abstimmung.



Der neue GdP-Bundessenorenvorstand: (v. l.) Klaus-Peter Leiste, stellv. Bundessenorenvorsitzender; Werner Fischer, stellv. Schriftführer; Bundessenorenvorsitzender Winfried Wahlig, Bernd Kohl, stellv. Bundessenorenvorsitzender und Schriftführerin Sigrid Graedtker. Fotos (3): GdP/Imm



Intensive Beratung über eine Antragsänderung ...

gruppe diene als Bindeglied zur „alten Firma“. Das Interesse, für das, was im aktiven Dienst geschehe, überdauere den Übergang in den Ruhestand.

Zum GdP-Bundessenorenvorsitzenden wählten die Delegierten den 67-jährigen Wiesbadener Winfried Wahlig. Sein Vorgänger, Anton Wiemers (66), hatte nach vierjähriger Amtszeit nicht mehr für das Spitzenamt kandidiert.

Wahlig, der bereits von Ende 2000 bis Mitte 2006 dem GdP-Bezirk Bundeskriminalamt (BKA) vorstand, wird unterstützt von den ebenfalls neu ins Amt des Stellvertreters gewählten Klaus-Peter Leiste (68) aus Hamburg und Bernd Kohl (65) aus Nordrhein-Westfalen. Die Brandenburgerin Sigrid Graedtker (65) wurde als Schriftführerin bestätigt.

Zu ihrem Stellvertreter bestimmten die Delegierten den Baden-Württemberger Werner Fischer (69). Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Aufgabenfülle wählten die Delegierten erstmalig einen fünfköpfigen Seniorenvorstand.

Michael Zielasko



Online-Fotogalerie:
Impressionen der
7. GdP-Bundessenoren-
konferenz



Dagmar Hölzl als Vorsitzende der GdP-Frauen in der Polizei wiedergewählt

Dagmar Hölzl bleibt an der Spitze der GdP-Frauengruppe Bund. Die 46-jährige Beauftragte für Chancengleichheit im Landeskriminalamt Baden-Württemberg wurde von mehr als 97 Prozent der Delegierten des 6. Bundesfrauenkongresses der Gewerkschaft der Polizei (GdP) wiedergewählt.

lenburg-Vorpommern, ihre Stellvertreterin.

Frauenförderung muss Prüfstein für Führungskräfte in der Polizei werden

Die Delegierten begrüßten die Absicht von Bundesjustizminister Heiko Maas, den Gesetzentwurf zur Frauenquote in der Wirtschaft innerhalb der kommenden zwei Wochen vorzulegen. Hölzl: „Wir GdP-Frauen unterstützen diesen konsequenten Schritt und erhoffen uns eine Signalwirkung auch für die Führungsebene des öffentlichen Dienstes.“

Bei einem sogenannten Worldcafé, einer Darstellung und Ideenbörse zu frauenpolitischen Themen, ging es unter anderem um „Familienfreundliche Bundeswehr – wo bleibt die Polizei?“, „Frauen und ihre Entwicklungsperspektiven“ oder „Frauenförderung als Beurteilungskriterium für Führungskräfte“. In mehr als 40 Anträgen an den GdP-Bundeskongress berieten sie darüber, wie die Lage der Frauen in der Polizei verbessert werden kann. Wichtige Impulse gab der Vortrag „Drei



Der neue GdP-Bundesfrauenvorstand: (v. l.) Wilma Wäntig, Martina Fillar, Dagmar Hölzl, Elke Gündner-Ede (im GBV zuständig für Frauen- und Gleichstellungspolitik), Christiane Kern und Erika Krause-Schöne.

Hölzl zeigte sich zufrieden mit den zwei Tagen Mitte März in Potsdam: „Der Zusammenhalt und die gute Atmosphäre gibt uns den Schwung und den Elan, unsere Arbeit für die Frauen in der Polizei auch in den nächsten Jahren erfolgreich leisten zu können.“ Die 111 Delegierten aus allen Landesbezirken, dem Bezirk BKA und dem Bezirk Bundespolizei, die 40.000 in der GdP organisierte weibliche Polizeibeschäftigte repräsentierten, stellten unter dem Motto „Mit uns Frauen in die Zukunft“ die Weichen für vier weitere Jahre engagierter, gewerkschaftlicher Frauenpolitik.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Martina Filla aus Nordrhein-Westfalen mit über 92 Prozent der Stimmen und Erika Krause-Schöne, Bundespolizei, mit 100 Prozent gewählt. Christiane Kern, Bayern, wurde Schriftführerin, Wilma Wäntig, Meck-



Die Ideenbörse „Worldcafé“ produzierte zahlreiche Anregungen und Vorschläge.

Fotos (2): GdP/Immel



Jahrzehnte Frauengruppe in der GdP“ von Prof. Dr. Uta Meier-Grewe von der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Die weiblichen Polizeibeschäftigten sprachen sich dafür aus, das Prostituti-

onsgesetz im Sinne der Verbesserung der Lebenssituation dieser Frauen weiterzuentwickeln. Notwendig sei eine Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten mit klaren Vorgaben und Mindeststan-

dards. Nur so könne geprüft werden, ob in diesen Betrieben geregelte Arbeitsbedingungen wie Sicherheit für die Prostituierten, Hygiene und bezahlbare Mieten, gewährleistet seien. **hol/wsd**



... Voilà: Die GdP-Frauen präsentierten zentrale Forderungen aus den Frauenvorständen der GdP-Landbezirke und -Bezirke. Foto: GdP/Immel



Nr. 4 • 63. Jahrgang 2014 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/
Pressestelle**
Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Sekretariat: Johanna Treuber
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer



**Erscheinungsweise und
Bezugspreis:**
Monatlich 2,90 Euro
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft
der Polizei**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon: (0211) 71 04 - 183
Fax: (0211) 71 04 - 174
E-Mail: av@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz
Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste
Nr. 36 vom 1. Januar 2014



Druckauflage dieser Ausgabe:
177.344 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon: (02831) 396 - 0
Fax: (02831) 89 887

Titel

Foto: Becker & Bredel/
dpa
Maksym Yemelyanov/
ddp
Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



STRAFRECHT

NEU
AUFLAGE

Strafrecht für Polizeibeamte

Band 1: Grundlagen und Delikte gegen die Person

Von **Holger Nimtz**

4. Auflage 2014

Umfang: 272 Seiten / **Format:** 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 19,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0730-7

Diese übersichtliche und gut lesbare Darstellung ermöglicht eine schnelle Einarbeitung in den Lehrstoff und eine effektive Prüfungsvorbereitung. Sie erfüllt alle Anforderungen an ein Lehrbuch für die polizeiliche Ausbildung und das polizeiwissenschaftliche Studium in Diplom- und Bachelorstudiengängen.

Neben einer Themeneinführung beinhaltet der Band 1 die Straftat und Delikte gegen Personen.



Strafrecht für Polizeibeamte

Band 2: Delikte gegen das Vermögen und gegen Gemeinschaftswerte

Von **Holger Nimtz**

2. Auflage 2012

Umfang: 307 Seiten / **Format:** 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 19,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0669-0

Der Band 2 dieser Darstellung behandelt Delikte gegen das Vermögen sowie Delikte gegen Gemeinschaftswerte. Auch hier bereitet der Autor die komplexe Rechtsmaterie konsequent nach polizeilichen Bedürfnissen auf.

Den Erläuterungen der Straftatbestände sind jeweils schematische Darstellungen nebst Definitionen vorangestellt. Dies gewährleistet einen schnellen Überblick für die polizeiliche Praxis und die Prüfungsvorbereitung. Ausgangspunkt der Darstellung ist der Standpunkt der Rechtsprechung. Wesentliche rechtswissenschaftliche Streitstände werden dargestellt. Zahlreiche Vertiefungshinweise erleichtern das Selbststudium und dienen auch der wissenschaftlichen Durchdringung des Stoffes.



DER AUTOR

Dr. Holger Nimtz ist Dozent für Straf-/Strafprozessrecht und Eingriffsrecht im Fachbereich Polizei an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, dort u. a. zuständiger Landesfachkoordinator für Strafrecht.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.VDPolizei.de



SOLARE ENERGIE FÜR UNTERWEGS



Jeder soll sich unterwegs solar mit Strom versorgen können und das mit Spaß – deshalb entwickelt die Sonnenrepublik alltagstaugliche Solarprodukte **Made in Germany**.

Der USB-Solarlader ClicLite ist das weltweit kleinste Handy-Ladegerät und verfügt über eine integrierte, ultrahelle LED-Leuchte.

Das Solarladegerät ist 30 Gramm leicht. In der ClicLite befindet sich ein Hochleistungs-Akku mit einer Kapazität von 450 mAh, welcher mit Hilfe der Clicc, einem 4 x 4 cm kleinen Solarmodul, die ClicLite solar mit Strom versorgt.

Die Cliccs kann man an allen vier Seiten mit weiteren Solarmodulen zusammenstecken. Auf die ClicLite gesteckt, benötigt man mit einer Clicc 12 Stunden, mit drei Cliccs 4 Stunden und mit sechs Cliccs 2 Stunden Sonne, um den USB-Solarlader voll aufzuladen und damit das Handy (oder andere Batterie betriebene Produkte), mit mindestens einer Stunde zusätzlicher Nutzungszeit an Energie zu versorgen.



www.clicc.de

		VK-Preis für  Mitglieder	VK-Preis	Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Letzter Bestelltermin: 30.04.2014
ClicLite start Bestehend aus: ClicLite (4 x 5,5 x 1,5 cm / weiß) 1 Clicc Modul (weiß), USB A/A-Kabel	256004	32,90	39,90	
Clicc Modul – 3er Set Farbkombi blau/grün/rot	256104	18,90	21,90	
Clicc Modul einzeln (schwarz)	256204	6,50	7,90	
CliccBag Berlin (10 x 8 cm)	256304	9,90	12,90	



Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165
 osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de

Weitere Produkte finden Sie unter: www.osg-werbemittel.de, oder fordern Sie unseren kostenlosen OSG-Werbemittelkatalog an.